

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beistellgelb),  
bei Zustellung unter Kreuzhand M. 1,80.

Herausgeber: Ioh. Stantingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weißbinderstr. 56.

Sitz der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die breitgestaltete Zeitzeile oder deren Raum 30.-.

Inhalt: Partei und Moral. — Gnade und Gerechtigkeit. — Politische Unruhen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Abstimmungen. — Verbandsvorstandes. Agitationssammlungen. Bekanntmachungen des Gauvorstande. Berichte. Maurer- und Sozialdemokratische Partei. Konflikt im rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet. Verbot oder Reform der Altkordarbeit? — Zentralkrankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitslos, Subventionen usw. — Aus anderen Staaten. — Gewerkschafts- und Arbeitersicherung. — Verdächtiges. — Eingegangene Schriften. — Briefe. — Anzeigen.

Uns kommt es hier darauf an, einem Uebel in der Partei entgegenzutreten, daß, wenn es weiter frist, verhängnisvoll für sie werden kann. Man hat so oft, z. B. auf dem Dresdener Parteitag, behauptet, die Partei sei „stark genug“, selbst die unliebsamsten persönlichen Differenzen und ihren „energischen“ Auftzug zu ertragen. Das ist eine sehr bedeutsame Ansicht, wenn sie dahin geht, daß es das „gute Recht“ jedes Parteimitgliedes sei, möglich, in beschimpfenden und beleidigenden Ausdrücken über die herzlosen, die nicht seiner Meinung sind. Solch ein Benehmen ist immer ein Beweis sittlicher und prinzipieller Schwäche, ein unter dem Druck des Fanatismus und der Eigentümlichkeit erklärter Radikalismus, eine Neuerung demagogischer Instinkte.

Wir sind wahrhaftig die letzten, die dem törichten Ideal huldigen könnten, in der Partei dürfe es keine Meinungsverschiedenheit geben. Wir sehen vielmehr gerade in der stetigen Wiederkehr solcher Gegenseite die beste Bestätigung des vom alten Liebknecht einmal gesprochenen Wortes: „Die Sozialdemokratie ist keine Dogmenpartei.“ Sie ist das nie gewesen und hat das ihren Grundschauspielern und Befreiungen nach auch nie sein können, obwohl es nicht an der Auffassung einzelner gelehrt hat, all die Ausschauungen, die sie gerade vertreten, müßten unbedingt die dauernde Meinung der Partei und faktosanft sein. Und das ist mit ihrer unvermeidlichen Begeisterung, der persönlichen Verkämpfung, hat sich in reichem Maße in die Meinungsstreitigkeiten der Partei eingemischt und ihrem Aussehen, wie zu ihrer inneren Kräftigung wahrlich nichts genützt. Die größten Schreier haben da nicht selten den Erfolg auf ihrer Seite gehabt, bis die Logik der Tatsachen korrigierend und zurückweisend gegen sie sich geltend machte.

Ist es unserer hohen Ideale, unserer großen Prinzipien, unserer gewaltigen Aufgaben würdig, daß solch ein Zustand fortduerkt? Gewiß nicht! Es macht auf jeden, der von diesen Idealen, Prinzipien und Aufgaben durchdrungen ist, einen tiefschmerzlichen Eindruck, besonders wenn er von jüngerer Jugend bis in sein Alter ihnen mit Hingabe gedient hat, immer wieder mit dem alten Uebel rechnen zu müssen. Die Partei hat ein sehr starles Maß von Erziehungskraft bewiesen; sie hat auf Geist und Charakter der Massen, glänzend eingewirkt. In dem hier berührten Punkte jedoch hat unsere erzieherische Kraft noch bei weitem nicht die erwünschten guten Wirkungen gehabt. Man schneidet sich im Meinungsstreit immer noch „moralisch“ die Nasen und die Ohren ab, bringt sich immer noch gegenseitig „moralisch“ um. Soll das so fortgehen? Wir sagen: Es ist die höchste Zeit, daß solchen Unwesen ein Ende gemacht wird; daß man endlich anstrengt, Meinungsunterschieden ruhig und sachlich, ohne in persönliche Gehässigkeit zu verfallen, zu diskutieren. Diese Mahnung dürfte hauptsächlich in Anbetracht der sehr lebhaften und wohl noch lebhafter werdenden Diskussion der Frage „Partei und Gewerkschaften“ am Platze sein. Nicht darum kann und darf es sich handeln, Meinungsverschiedenheiten zu verhindern und zu unterdrücken. Aber das ist im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung notwendig, zu verhindern, daß ihre Diskussion den Charakter beträchteter Art annimmt. Und zu diesem Zwecke müssen alle, die mit uns denken und fühlen, einmütig zusammenstehen, um gegen das Uebel zu wirken und eine echte Parteimoral zur Geltung in der Praxis zu bringen. Ertres Gebot dieser Moral ist, sich vor der Überzeugung leiten zu lassen, daß jeder mit seiner Meinung das Beste der Partei im Auge hat, sofern nicht genügend Gründe gegen diese Überzeugung sprechen. Da mag man streiten über das und wider das, was man für Irrtum hält. Und der Streit möge entschieden werden durch das Gericht gewissenhaft und sachlich erwogenen Gründen und durch die Entwicklung der Tatsachen, die für die Meinung in Betracht kommen. Mahnung allein nicht nicht! Es muß Selbstzerzehrung Platz

greifen, die auf die Nebenwirkung jenes Triebes der Selbstsucht sich richtet, der in unbedingtem, fanatischem Rechthaben wollen, in persönlicher, gehässiger Verlästerung und Verleumdung des Meinungsgegners, mitunter auch in der Wahrung eines persönlichen Sonderinteressensstandpunktes zum Ausdruck kommt. Wenn wir schon in unserem Parteileben mit menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten zu rechnen haben — wie das ganz natürlich ist —, so sollen wir doch an unser erzieherische Kraft daran denken, sie möglichst zu überwinden.

Wir wissen wohl, es wird Leute geben, die geneigt sind, über diese unsere Betrachtung zu spötteln und zu wöhnen, weil sie selbst sich davon betroffen fühlen. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Wir haben Vertrauen zu der Macht der sittlichen Erwagungen, die vor vierzig Jahren der internationale Kongress in Genf aussprach. Einmal werden die Massen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft des dienen Erwagungen entgegenstehenden Meinungsstreites in der Partei überdrüssig werden und das Uebel nicht länger dulden.

Zeit wird's, daß das geschieht!

## Gnade und Gerechtigkeit.

In vorletzter Nummer haben wir berichtet über die Amnestie, die Wilhelm II. in seiner Eigenschaft als König von Preußen anlässlich der Laufe seines Entels erlassen hat. Wie wir zu einem derartigen Acte der Gnade stehen, haben wir kurz angekündigt. Wir werden am Schlusse dieser Betrachtung darauf zurückkommen. Charakteristisch ist, daß, nach den Neuheerungen der Presse zu urtheilen, diese Amnestie nirgends einen nennenswerten Eindruck gemacht hat. Sollst die Blätter der reactionären Parteien, die sonst nicht starke und dogmatische Redewendungen genug finden können, alles zu verschmähen, was von oben kommt, verhalten sich sehr reserviert; sie haben den Amnestie-Erlaß registriert ohne Kommentar. Die „Berliner Volks-Ztg.“ deutet diese Zurückhaltung wohl ganz richtig aus dem Gefühl der „ausgeschauten“ Presse, daß sie zu überzeugungswidrigen Superlativen dieser kleinen Amnestie gegenüber keinen Anlaß hat.

Liberale Blätter bemängeln, daß die Amnestie den Kreis von Verurteilten völlig ausschließt, der sonst in erster Linie bei derartigen Acten berücksichtigt zu werden pflegt: die „politischen Verbrecher“, einschließlich der „Pfeifkinder“. Nur die „Majestätsbeleidiger“ sind berücksichtigt worden.

Nach allgemeiner liberaler Ansicht hat keine Sicht von „Verbrechen“ einen so begründeten Anspruch auf die „Korrektur“ ihrer Bestrafungen, wie diese Klasse von Verurteilten. Für sie kann das, was als „Gnadeseines Monarchen“ erscheint, im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit wirken. Denn sie haben die Handlungen, die sie in Konflikt mit dem Strafgesetz brachten, nicht begangen aus „Lust am Lösen“, nicht aus unbeschreitbarer Gewissheit, nicht aus schlechten Motiven. Von äußerst seltenen Ausnahmen abgesehen sind diese Delikte, mögen sie durch die Presse, in Verhandlungen oder in sonstiger Beleidigung einer Meinung oder eines Interesses begangen worden sein, durchaus guten Motiven entsprungen, insbesondere der Absicht, zur Festigung öffentlicher Würstände beizutragen; die unbeküpfte oder unterdrückte Gerechtigkeit zu verteilen, berechtigte Interessen zu wahren. Man nehme die zahlreichen Prozesse wegen angeblicher „Verleidigung von Behörden und Beamten“. Solche „Verleidigungen“ werden von der Staatsanwaltschaft in der Regel in wirtschaft raffiniert juristischer Weise kontruiert, um „die obrigkeitliche Autorität zu schützen“. Das immer hinterlassn solche Prozesse bei jedem vorurteilstvoll und gerecht Denkenden den Eindruck, daß die Verurteilten wegen der guten Absicht, die sie das Opfer der Zufall hat werden lassen, nicht Tadel und Strafe, sondern Anerkennung verdienen. Das trifft besonders auf die Brechprozeße zu, die gegen Arbeiterblätter, gegen die sozialdemokratische Presse anhängig gemacht werden.

Dasselbe ist zu sagen von den Prozessen, die die Bestrafung von Rednern begreifen, die in gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterversammlungen strafbar gemacht haben sollen. Und dann die sogenannten „Streikverbrecher“. Im Verlaufe der Jahre haben wir vielfach geschaut, daß sie erlebt, daß Arbeiter für ein unbedachtes Wort, für eine im Affekt begangene Handlung gegen „Arbeitswillige“, die ihnen im Kampfe in den Rücken fielen, sie wohl gar be-

Im Bericht des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei an den Parteitag in Mannheim wird zu Beginn des Kapitels „Schiedsgerichte“ den Parteigenossen dringend empfohlen, bei Stellung von Anträgen auf Ausschluß von Genossen aus der Partei recht vorsichtig zu sein, um unliebsame Auseinandersetzungen zu verhindern. Wie berechtigt diese Mahnung ist, beweist der Umstand, daß die Mehrzahl der abgehaltenen Schiedsgerichte „nicht“ dazu gelangt ist, die fernere Parteizugehörigkeit der angeklagten Genossen abzusprechen. Im Verlauf des Artikels wird das Urteil eines in Kaiserslautern abgehaltenen Schiedsgerichtes mitgeteilt. Da kann es das Schiedsgericht nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß oft in recht lebhafter Weise die Ehre von Parteigenossen aus dem eigenen Reihen angegriffen und beschmäht wird“.

Diese Klage ist leider nicht neu in der sozialdemokratischen Partei, obwohl man sich seit ihren Ursprüngen der sittlichen Notwendigkeit, gerecht zu sein, sehr wohl bewußt war. Schon der erste internationale Arbeiterkongreß zu Genf (1866) sprach in den von ihm beschlossenen Assoziations-Sätzen aus, daß alle der Arbeiterpartei angehörigen Individuen und Gesellschaften „Wahrheit, Recht und Sitte“ als den Grundstein ihres Vertrages unter einander und gegen ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Geschlecht oder Nationalität anerkennen“. Über dieser schönen Theorie entsprach leider nicht immer die Praxis, besonders nicht im Punkte des Verhaltes der Genossen gegen einander. Wir reden nicht von den Seiten, wo die Sozialdemokratie noch in zwei Parteien gespalten war, die sich gegenseitig heftig bekämpften. Wir saßen die Zeit des ehrlichen Parteitags in Auge. Wie oft hat in diesen drei Jahrzehnten die Mahnung, ungerechte, gehässige, persönliche Kampfweise zu unterlassen, wiederholt werden müssen! Auch der Jenaer Parteitag im vorigen Jahre hat sie ausgesprochen in einer Resolution: „Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteiche von Genossen verlehnende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.“

Als ich zu diesem Beschuß lag vollaus vor, er hatte sich besonders ergeben aus der Art und Weise, wie gewisse Genossen und Parteorgane in der Diskussion der „Vorwärts“-Affäre und der Frage des politischen Massenstreits aufgetreten waren. Über nach Jena wurde es trotz dieses Beschlusses nicht besser, sondern eher noch schlimmer. Die Genossen, die Bedenken gegen den politischen Massenstreit äußerten und der falschen Auslegung der dieses äußerst Kampfmittel betreffenden Resolution des Jenaer Parteitages entgegneten, erfuhren eine nahezu beispiellos bestehende Verunglimpfung von Seiten der vorgeblich „radikalen“ Elemente in der Presse und in Versammlungen. Man verhöhnte und beschimpfte sie — zum großen Teil Männer, die Jahrzehnte für die Partei ihr Alles eingesetzt haben — als „Faulemacher“, als „Verbrecher an der Majestät des Volkes“ und wie die sonstigen Aburdtulden eines blinden Fanatismus laufen mochten. Wir wollen heute nicht darauf eingehen, wie die Entwicklung der Dinge diese „Faulemacher“ gerechtfertigt hat,

schimpften und bedrohten, auf Monate ins Gefängnis, ja wohl gar hinter Zuchthausmauern geschickt wurden.

Gegen die für ihre berechtigten Interessen kämpfenden Arbeiter wird in derartigen Prozessen in der Regel eine Klasse zu rigoroscher, ungerechter Art geübt, um „abschreckende Beispiele“ zu statuieren. Geradezu ungewöhnliche Strafen, die den Charakter krimineller Macht haben, werden nicht selten über sie verhängt, so dass das Wort von der „Unparteilichkeit“ und „Gerechtigkeit“ des Justiz als eine leere Phrase erjoeßen muss, wenn man mit solchen Urteilen die unmotiviert milde Bestrafung so vieler wütlicher Heilräder aus den Kreisen der besseren und besten Gesellschaft vergleicht.

Die Berliner Volks-Bdg. beweist, dass solche Härten der Rechtsprechung nicht auch durch die Amnestie ausgelöscht werden sind. Das ist ein amerikanischer Wertes Empfinden. Würde die Amnestie auf alle die hier erwähnten Spezies von politischen „Verbrechern“ ausgedehnt worden sein, wir hätten nichts dagegen einzutwenden. Dass es nicht geschieht, haben die für Gnadenakte berufenen Berater der Krone vor der öffentlichen Meinung zu demonstrieren. Die Verjährung der Amnestie auf Majestätsdelikte zeigt, in welchem Maße der reaktionäre Geist diese Berater beherrscht.

Wiederum spielt hier nicht Anhänger eines Strafrechtsystems, das zu seiner Korrektur, zur Ausgleichung seiner Härten und Ungerechtigkeiten auf die Gnade des Staatsoberhäuptes angewiesen ist. Wir fordern und erstreben die gründliche Reform des Strafrechts und der Strafgerichtshöfe, wie der Begriff des wahren Rechtsstaates es erfordert. Gerechtigkeit und nicht Gnade ist unser Wahlspruch. Das polizeistaatliche Unwesen muss überwunden, die Klassenjustiz muss beseitigt werden.

Wenn dennoch im Reichstage die bereits vorbereitete Reform der Strafgesetzgebung in Angriff genommen wird, ist für die sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit gegeben, in dieser Richtung einzutreten. Wir sind überzeugt, wie wird dieser Punkt genügen, wie sie es seither schon bei jeder sich ihr darbietenden Gelegenheit getan hat. Das Recht bewusstsein der Massen steht hinter ihr.

Hätte die Amnestie sich auf alle politischen „Verbrecher“ erstreckt, so würden ganz gewiss die Schärfemacher organisch etern über „über angebrachte Milde“. Dieser Sorte „Ordnungspolitiker“ ist die Klassenjustiz gegen die Arbeitersklasse ja noch nicht scharrig; sie verlangen fanatisch ihre Verschärfung. Insbesondere fordern sie die Verstärkung der vor einigen Jahren vom Reichstag abgelehnten Zuchthausgesetzecke. Um so mehr hat die Arbeitersklasse zwingende Gründe, mit äußerster Energie die vorerwähnten Verkündigungen der Sozialdemokratie zu unterstützen. Wie als wirtschaftliche Macht, so muss sie sich auch als politische Macht betätigen wider die Realität, für den Fortschritt in Recht und Gerechtigkeit!

### Politische Umschau.

**Wieder ein arbeitswilliger Mordkubus!** In Augsburg hat der Maurerpöller und Streitbrecher Beneßels Trieb einen bei ihm im selben Hause wohnenden Kunstanstaltarbeiter Karl Ruff, als sich dieser in bestimmter, aber ruhiger und anständiger Weise verbat, das Trieb aus geringfügiger Krafte Ruff als Mutter beschimpfte und mit Anbringen drohte, plötzlich anfallen und ihn hinreichend durch drei Stiche in Kopf und Brust lebensgefährlich verletzt. Auf mutige ins Krankenhaus gebracht werden. Trieb wurde verhaftet — am anderen Tage aber wieder auf freien Fuß gesetzt!

Was von diesem Schlagabfall des Unternehmerismus noch alles zu erwarten ist, das zeigt sein eigener Ausspruch, den er vor kurzem tat: „Zug wird nur noch mit dem Revolver ausgerüstet und wenn uns so ein Lump von Streitkämpfer nur schlecht anschaut, wird er zusammengeschossen wie ein Hund!“ \*

**Das Recht, Streitkämpfen zu stellen, ist unsern Kollegen in Nürnberg genommen!** Zug hatte der Magistrat das Streitkampfverbot verboten. Die bei der Regierung telegraphisch eingelegte Beschwerde des Gewerbeaufsichtsförderers ist abgelehnt. Es bleibt also dabei, dass den Nürnberger Arbeitern ein wichtiger Teil ihres Koalitionsrechts einschließlich hinwegverfügt wird. Eine Begründung, die die Regierung ihrer Entschließung nicht beigegeben. Vielleicht ist ihr noch keine eingefallen; sie wird das nachholen, wenn der Streit vorüber ist. Wenn der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe über eine fiktive Aktion verfügt, so wird er seine nächste Generalverhandlung in Nürnberg abhalten; das erfordert schon die Dankbarkeit.

**Gegen den Besichtigungsnachweis-Urfug nimmt jetzt selbst einer der entzündeten Büffler und Reaktionäre, der Abgeordnete Falbott, in der „Kreuzzeitung“, dem extremen Junferorgan, Stellung:**

„Man glaubt, mit dem Besichtigungsnachweis — ob wohl das immer bestreiten wird — die Kanzleien zu beeinträchtigen oder doch zu verringern und trägt sich mit ganz falschen Vorstellungen über die Wirkungen desselben in der „guten alten Zeit“. Wollte man doch nur etwas Geschichtsstudieren... Auf dem Handwerks- und Gewerbeamtstag (Cöln 1905) machten die Freunde des Besichtigungsnachweises nicht einmal den Versuch einer sachlichen Begründung über einer sachlichen Befürderung der Gegner. Sie glauben, er sei durchführbar, sie glauben, er werde dem Handwerk den erhofften Vorteil bringen, und sie stützen sich auf den Beispiel und die Abstimmung der in diesem Sinne beeinflussten und geleiteten Handwerkerverbände. Selbst das Beispiel Österreichs, wo man jetzt auch noch den Besichtigungsnachweis für das Handelsgewerbe einführen will, wirkt ansteckend, weil man die Schattenseiten nicht kennt oder vielleicht nicht sieht.“

Sieht man zum Beispiel nur die Verkündigungen der Genossenschaftsverbände in Österreich an, so findet man genau dieselben Klagen wie hier, eine ganze Anzahl, für die wir absolut kein Verständnis haben. Von Wien wird unter dem 19. Dezember

1905 berichtet, dass die Dachbedenken Anstreicher das Recht bestreiten, „Schornsteine anzutreppen“, weil dieselben über das Dach ragen und diese Arbeit nur von Dachbedenken ausgeführt werden dürfe. Die Reinigungsanstalten befürworten sich, dass ein Anstreicher gelegentlich einer Reparatur die „Fassade“ eines Hauses gewaschen hat, das sei nur ihre Sache! Die Steinmeister wollen nicht leiden, dass Steinbrüche besetzten Treppenläufen und Mauersteine durch ihre Arbeiter herstellen lassen. Die Hobelarbeiter nehmen für sich allein das Recht in Anspruch, gehobelte Fußböden zu legen, welche geleimt und genügt sind, während der Zimmermann nur um oder grobgehobelte einandergepaßte Dielen legen darf. Das sollte an Konkurrenzkreis leisten aber die Korb-, Kinsel- und Bürstenpflegelinge um die Erlaubnis zum selbständigen Gewerbebetrieb auf Grund ihrer Unzulässigkeit. Beide Genossenschaften lehnen das Geschäft sehr ab, lehnen sogar mit der Bemerkung: „Hinweg mit der Humanitätsbuflelei!“

Diese Lehrling gab einem Kammerrat Veranlassung zu einem Urteil über den Besichtigungsnachweis, das mit den Worten schloss:

„Blind zu sein ist das größte Unglück, das einem Menschen passieren kann. Und einem Menschen, der trotz jolchem Unglück niemandem zur Last fallen, sondern ein der Gesellschaft nützliches Mitglied sein will, gegenüber zu sagen: Hinweg mit der Humanitätsbuflelei! Was soll man dazu sagen? Soll er denn verhungern, denn man sagt ihm nicht, wie er einen Unterhalt finden soll, da er ja als Gehübsch, ebenfalls von niemandem genommen wird. Das ist ein Zustand, viel ärger als der Hungeruntergang und die Barbarei des Mittelalters. Es ist unsere Pflicht, auf dieses Entleben erregende Beispiel hinzuweisen, welche eine Folge des ins Leben gerufenen Besichtigungsnachweises ist. Im Interesse der Förderung des Gewerbes können wir auf diesem Wege nicht folgen. Denn in diesem Beispiel gehen wir die wahre Gestalt des Besichtigungsnachweises nach.“

Dabei hat Österreich bekanntlich noch nicht einmal den eigentlichen Besichtigungs-, sondern nur einen sogenannten Verwendungsnachweis!

Falbott fährt fort:

„Auch der Besichtigungsnachweis für das Baugewerbe ist im Reichstage in diesem Jahre eingehend geprüft und von der Kommission für den Gesetzentwurf zum Schutz der Bauhandwerker in aller Stille bearbeitet worden, nachdem der Staatssekretär des Innern namens der verhinderten Regierungen entschieden Mein gesagt hatte. Dieses Mein der Regierung ist für die Kommissionssmitglieder gewiss nicht ausdrücklich gewesen und wird ebenso wenig die Handwerker beeinflusst, wohl aber muss man wünschen, dass endlich die Gründe der Erfahrung den Sieg eringen und nicht einem Phantom weiter nachgejagt wird, dessen Verwirrung die allerersten Läufschungen im Gefolge haben würde.“

Alles das ist von den Antizünftern im Parlament und in der Presse — sehr ausgiebig auch in unserem Blatte — weit wie sonst dargelegt worden. Jetzt fangen auch extreme Büffler an, den Besichtigungsnachweis-Gumboog zu begreifen. \*

**Der Einfluss der Unternehmerorganisation auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses** soll nach den längjährigen Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sich immer mehr geltend machen. Eine Berliner Korrespondenz schreibt darüber:

„Während in den früheren Berichten über die Tätigkeit von Arbeitgeberorganisationen fast gar nichts zu melden war, sind jetzt die Gewerbeaufsichtsbeamten schon vielfach in der Lage, wenn sie von Schriften der Arbeiterorganisationen Kenntnis gedenken, gleichzeitig solche der Arbeitgeberverbrenungen zu erwähnen. Und die Tätigkeit der Arbeitgeberverbrenungen wird immer größer werden, denn wie aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten weiter hervorgeht, entstehen gerade infolge des Vorgehens und infolge des Aufstiegs ungerechtfertigte Forderungen der Arbeitgeberorganisationen Zusammenschlüsse der Arbeitgeber zur Abwehr der Angriffe auf ihre Position. Es zeigt sich auch hier, dass Druck Gegenstand erzeugt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeitgeber ist durch die seitigen Angriffe der Arbeiter immer stärker geworden. Die Gewerbeaufsichtsbeamten berichten darüber, dass Arbeitgeberverbände einzelseitig Unternehmer verwandte Berufe, die nicht organisiert sind, in Kampf gegen ihre Arbeiter unterstützen. Dadurch ist vielfach erreicht worden, dass auch alleinstehende Unternehmer ungerechtfertigte Forderungen der Arbeiter mit Erfolg haben durchsetzen können. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zeigt sich auch darin, dass während früher von Seiten der Arbeitgeber boykottierte Betriebe allein gelassen wurden, jetzt Solidaritätsförderungen mit solchen Betrieben nichts Seltenes mehr sind. Es macht sich also in den Arbeitgeberverbänden immer mehr die Überzeugung, gelöst, dass nur das seltene Zusammensetzen untereinander gegen die Arbeiterorganisationen auskommen kann. Erheblicherweise verstärken sich aber die Arbeitgeberorganisationen nicht auf die Durchführung der ihnen von den Arbeitern aufgedrägteten Forderungen. Es wird auch mehrfach berichtet, dass Arbeitgeberorganisationen, wo tatsächlich Missstände vorherrschen, Einigungsbewerbungen mit den Arbeitern vor Aufstellung von Forderungen beginnen und zu einem guten Ende führen. Auch Wohlhaber erneut in die Arbeitgeberverbände einzutreten, die die Arbeitgeberverbrenungen für die Arbeiter werden von solchen Arbeitgeberverbänden eingeschlossen, Arbeitsergebnisse. Schließlich soll noch erwähnt werden, dass durch die Verbände auch die Führung der Gewerbeaufsichtsbeamte mit den Arbeitgebern einigter zu werden scheint. Manche dieser Verbände ziehen zu bestimmten Sitzungen Ausschlussbeamten zu, andere lassen in ihren Versammlungen von diesen Beamten Vorträge über ihre Verpflichtungen im Arbeitsverhältnis halten und so die leider noch vielfach zu bestiegende Unkenntnis auf diesem Gebiete beseitigen.“

Es ist lächerlich, zu behaupten, dass die Unternehmer durch unberechtigte Forderungen der Arbeiter zum Zusammenschluss gebracht werden. Als ob sie jemals irgendwelche dieser Forderungen als berechtigt anerkannt hätten. Für sie sind ohne weiteres alle Forderungen unberechtigt, mit denen die Arbeiter hervortreten. Obige Korrespondenz wirft

komisch auf jeden, der weiß, dass das Unternehmertum den Arbeitern und ihren Organisationen gegenüber stets auf seine „Autorität“ und sein „Macht“ gepoht hat, völlig willfährlich und einseitig die Arbeitsbedingungen festzulegen. Dazu sollen auch die „Wohlfahrtsvereinigungen“ und die in Arbeiterkreisen als Wahrungsbehörde berüchtigten „Arbeitsnademie“ dienen. Und gerade diese freibleibende Annahme, die Arbeiter wie Sklaven zu behandeln, hat den Kampf zwischen Arbeit und Kapital so sehr verschärft. Der Korrespondenz nach könnte ein Unwissender glauben, die Unternehmer hätten endlich angefangen, sich einer unerträglichen Thronarbeit zu unterwerfen. Arbeiterorganisation und Solidarität haben sie gewonnen. Das ist unglaublich und sollte für die Arbeiter eine Mahnung sein, auch ihre Organisation immer mehr zur Entwicklung und Erstarkung zu bringen.

**Die Umgestaltung der gesetzsgeschichtlichen Arbeiterversicherung**, vor allem ihre Vereinheitlichung, die von allen einflussreichen Sozialpolitiken so lange idiom erstrebt wird, dürfte sobald nicht erfolgen. Offiziell wird geschiehen:

„Durch einige Blätter geht ein etwas sonderbarer Titel über die demnächst zu erwartende Umgestaltung der staatlichen Arbeiterversicherung. Es wird darin von einem Aus- und Umbau der Gesetzgebung gesprochen, als handele es sich um eine völlige Neugestaltung des materiellen Arbeiterversicherungsrechts. Davon ist doch keine Rede. Es würde auch recht auffällig sein, wenn, nadem erst vor einigen Jahren die großen Reformen in der Unfalls- und der Invalidenversicherung ausgeführt sind, jetzt schon wieder in diesen Versicherungsgebieten materielle Umwälzungen vorgenommen werden müssten. Die Änderungen materieller Natur, die geplant sind, beschränken sich auf die Krankenversicherung. Hier allerdings hat man schon lange vor, Erweiterungen der Versicherungspflicht vorzunehmen und lehnte auf die landwirtschaftlichen Arbeiter, die Dienstboten, die Heimarbeiter usw. auszudehnen. Man hat auch daran gedacht, diese Reformen vorweg zu nehmen, ehe man an die auf die gesamte Arbeiterversicherung abzielende Revision herangeht. Die letztere Revision wird gewiss auch geplant, sie besteht sich aber nicht auf das materielle, sondern auf das formale Recht und hat sich eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungorganisation zum Ziele gesetzt. Wenn soweit gefordert sein wird, dass ein Gesetzentwurf an den Bundesrat gebracht werden kann, ist jetzt wohl noch nicht abzusehen. Graf Posadowsky hat im Reichstage erwartet, man möglicherweise den Entwurf nicht vor dem Jahre 1907 erwartet. Man wird deshalb noch Geduld haben müssen. Ob der Entwurf, der die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungorganisation enthält, vor der Einsetzung beim Bundesrat veröffentlicht werden wird, ist recht zweifelhaft, weil es sich dabei um politische Fragen handelt, deren vorzeitige Erörterung dem Gelingen des Werkes kaum dienlich sein könnte. Jedenfalls wird man sich über diese Frage schärfer entscheiden, als der Entwurf tatsächlich ausgearbeitet ist. Was schließlich noch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sonst geplant wird, ist die Schaffung der Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter an diesem Werke nötig etwas Zeit, und es ist auch gut, dass man damit wartet, damit überhaupt erkannt werden kann, auf welchen Betrag man etwa jährlich aus einem landwirtschaftlichen Lönen zwecks Besteitung der Kosten der neuen staatlichen Versicherung rechnen kann. Hier die Grundzüge des neuen Versicherungsbauens auf veröffentlichten, ehe die Gesetzgebungsmaßnahmen in Tätigkeit gesetzt wird, dürfte sich, namentlich nach dem Vorblatt bei der Invalidenversicherung, schon eher empfehlen.“

Ja, ja; es hat noch etwas Zeit! Bei uns in Deutschland hat alles Zeit, was die Interessen der Arbeitersklasse angeht. Vorsätzlich marschieren wir an der „Spalte der Sozialreform“. Über die Marschmelodie ist: „Immer Langsam voran!“ \*

**Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1904.** Nach den amtlichen Berichten waren im Jahre 1904 im Deutschen Reich insgesamt durchschnittlich 10,7 Millionen Personen in 23 193 Kassen versichert. Und zwar in 561 Gemeindekrankenversicherungen 1½ Millionen, in 4709 Ortskrankenversicherungen 6½ Millionen, in 7695 Betriebskrankenversicherungen 2½ Millionen, in 45 Kaufmannskassen 22 712, in 681 Firmenkrankenversicherungen 249 054, in 1880 eingeschriebenen Hilfskassen 853 897, in 170 Landeskrankhaften 37 874 Personen. Die Zahl der Kassen ist im allgemeinen um 78 gegen 1903 zurückgegangen.

An der Abnahme sind die Hilfs- und landesrechtlichen Hilfskassen mit 56 bezw. 34 Kassen mit 3300 bezw. 4000 Mitgliedern beteiligt. Die Gemeindekrankenversicherung weist einen Rückgang von 35 Kassen auf, sie hat indessen 16 000 Beschäftigte mehr als im Vorjahr.

Überhaupt ist die Zahl der Versicherten gegen 1903 um 486 236 gesunken. Hierzu entfallen allein auf die Ortskrankenversicherungen 368 000 Mitglieder.

Der Zahl nach steht die Gemeindekrankenversicherung an erster, die Betriebskrankenversicherungen an zweiter Stelle stehen die Ortskrankenversicherungen.

Nach der Mitgliederzahl indessen stehen die Ortskrankenversicherungen mit ihren 5½ Millionen Versicherten an erster Stelle, denen die Betriebskrankenversicherungen mit 2½ Millionen und erst an dritter Stelle stehen die Gemeindeversicherungen (1½ Millionen Versicherte) folgen.

Durchschnittlich hat jede Ortskrankenkasse 1184, jede Betriebskrankenkasse 850 und jede Gemeindekrankenkasse nur 178 Mitglieder. Bei allen Kassen betrug die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle 1½ Millionen mit 88% Millionen Erkrankungsfällen. Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 0,39 Erkrankungsfälle und 7,77 entschädigte Krankheitstage; das Maximum findet sich bei den Kaufmannskassen, bei denen auf ein Mitglied 1,76 Erkrankungsfälle, 12,81 Krankheitstage und A 29,16 Kosten entfallen; das Minimum weist die Gemeindeversicherungen

zung auf mit 0,26 Erkrankungsfällen, 5,24 Krankheitsstagen und M. 10,99 Kosten pro Mitglied.

Die ordentlichen Einnahmen aller Kassen betragen 246 Millionen Mark, von denen 230 Millionen auf Beiträge und Eintrittsgelder entfallen. Die Ausgaben (Krankheitskosten, Erfolgsleistungen usw.) beliefen sich auf 234 Millionen, und zwar entfielen auf ärztliche Behandlung 4,8 Millionen, Arzneien und sonstige Heilmittel 82,1 Millionen, Krankengelder 95,8 Millionen, Schwangeren- und Wochenrinnenunterstützung 4,8 Millionen, Sterbegeld 6 Millionen, Krankenanstalten 27,7 Millionen, Rentenabgeltungen 0,15 Millionen, zusammen 219,9 Millionen Mark. Die Krankenkosten pro Mitglied stiegen; 1903 betragen sie M. 17,69, 1904 erreicht M. 19,97 pro Mitglied.

Die **Verwaltungskosten** sind abgängig denjenigen für Invalidenversicherung betragen M. 18 598 480, pro Mitglied durchschnittlich bei den Ortskrankenkassen M. 1,96, bei den Innungs-krankenkassen 2,21, bei den eingetragenen Gütekassen M. 2,24. Bei den Betriebs- und Baustoffkassen, ebenso bei der Gemeindekrankensicherung sind die Verwaltungskosten nicht anzugeben, da sie im ersten Falle ausschließlich von dem Betriebsunternehmer und im letzteren Falle von der Gemeinde getragen werden. Man sucht denn auch bei der Neugründung von Betriebskrankenkassen die Kostenersplitterung besonders damit mündgerecht zu machen, daß diese Kassen mehr leisten können, da sie keine Verwaltungskosten haben. Bei allen Kassen überhaupt betragen die Verwaltungskosten pro Mitglied daher nur M. 1,27.

Als ein erfreulicher Fortschritt ist das weitere Wachsen der Mitgliederzahl der so vielfachmässigen Ortskrankenkassen zu beglücken. Indes nicht nur infolge ihrer Mitgliederzahl stehen die Ortskrankenkassen an erster Stelle, sondern auch ihre **Leistungen** geben den anderen Kassenarten voraus.

Zu wünschen wäre nur, daß sich die Ortskassen in den einzelnen Städten zu einer gemeinsamen Ortskrankenfamilie vereinigen würden, um dadurch die Leistungsfähigkeit der Kasse zu steigern und die Einheitlichkeit in der Krankenversicherung herbeizuführen. In Berlin freilich scheint es fast, daß die 65 Ortskrankenkassen — von den anderen Kassenarten gar nicht zu reden — sich nicht vereinigen dürfen — hier soll ancheinend das System der Kostenersplitterung gefördert werden —, da man an marktgebender Stelle die Zentralisierung mit Rücksicht auf die hohe Mitgliederzahl ablehnt. Diese Enthierarzigkeit der Ausschauung ist zweifellos auf andere Einstufungen zurückzuführen. Inbetrieben auch hier wird die organisierte Arbeiterschaft Berlins nachhelfen müssen, damit die Zentralisierung der Berliner Ortskrankenkassen zur Tat wird.

**Die Künstler** haben sich auf dem in Nürnberg abgehaltenen 7. Deutschen Handwerks- und Gewerbe-kammertag wieder einmal recht breit gemacht, insbesondere zu Gunsten des Besichtigungsnachweises für das Baugewerbe. Annahme fand folgende Resolution:

„Der Gesetzentwurf betreffend die Änderung der Gewerbeordnung (Besichtigung von Wissenschaften im Baugewerbe) entspricht nicht den Forderungen des deutschen Bauhandwerks, wie sie in den Beschlüssen des Kölner Handwerks- und Gewerbeammlertages vom Jahre 1905 niedergelegt sind. Der deutsche Handwerks- und Gewerbeammlertag in Nürnberg erneuert den Beschluss der Kölner Tagung, nach welcher den erhablichen Wissenschaften im Baugewerbe nur durch Einführung des Besichtigungsnachweises ausdrücklich gesteuert werden kann. Der Handwerks- und Gewerbeammlertag erkennt aber in dem Entwurf einen dankenswerten Versuch der verbindenden Regierungen, den vorhandenen Missständen auf andere Weise abzuheben. Den Handwerks- und Gewerbeammlertag hält daher die Annahme des Entwurfs in der durch die 11. Reichstagssession gegebenen Form, die wesentliche Verbesserungen in sich schließt, für wünschenswert. Der von derselben Kommission angenommenen Resolution, welche die fehlende Einführung des sogenannten kleinen Besichtigungsnachweises für das deutsche Handwerk fordert, stimmt der Kammertag zu, in der bestimmten Erwartung, daß die verbindenden Regierungen sich in der nächsten Tagung dem Reichstag einen entsprechenden Entwurf vorlegen werden.“

Während Graf Posadowsky, der Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, niemals in der Lage ist, Arbeiterschaft durch einen Vertreter zu beschützen, hätte sich natürlich ein solcher bei den dienten Künstlern in Nürnberg eingefunden. Er gab folgende Erklärung ab: „Es ist nicht üblich, daß ich ein Regierungsvorberater über die künstlerische Gestaltung einer Vorlage äußere, bevor nicht die maßgebenden Stellen gesprochen haben. Aber mein hoher Chef hat ja bereits erklärt, daß er für den kleinen Besichtigungsnachweis einzutreten bereit sei. Ohne Indifferenz kann ich Ihnen mitteilen, daß Sie mit der Erklärung, die der Staatssekretär Graf Posadowsky beim Zusammentreffen des Reichstages abgeben wird, zufrieden sein werden. Die Verstärkung, daß der kleine Besichtigungsnachweis lediglich für das Baugewerbe eingeführt werden wird, ist nicht zutreffend.“

Die Herren Künstler waren von dieser Erklärung natürlich höchst erbaut und spendeten ihr lebhaftesten Gefallen. Unter dem kleinen Besichtigungsnachweis ist zu verstehen, daß nur solche, die eine Meisterprüfung bestanden haben, solche Zeugnisse erhalten dürfen. Die Herren beschlossen dann, gegen den von der Kommission zur Abänderung der Gemeindeverordnung angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Hesse, Lümborn und Dr. Dahmen, betreffend Ausübung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter Hinzuziehung gewählter Bauarbeiter, in einer Eingabe an Bundestag und Reichstag mit aller Einigkeitshaltung Stellung zu nehmen.

Der Referent, der Borsmiller, der Dortmunder Handwerkskammer, Hesse, führte hierzu aus: „Die beschlossene Ausführung der Baukontrolle bedarf einer Brücke mit der bisherigen Unfallversicherung. Der Gesetzentwurf beweist, daß künftigen Bauinspektoren in Verbindung mit Bauarbeitern die Kontrolle auf den Bauten ausüben sollen. Diese Bestimmung sei unführbar und unannehmbar, weil den Bauinspektoren und den Bauarbeitern die nötige Sachkunde fehle. Den Arbeitern fehle auch

die Kenntnis der Baubestimmungen. Es sei schwer verständlich, wie man auf die Idee der Herausziehung der Bauarbeiter zur Kontrolle kommen könnte. Die Einführung der Baukontrolle nach den Beschlüssen der Reichstagssession würde aber auch gar keine sichere Unfallversicherung bringen; dagegen würde sofort nach ihrer Einführung eine umfassende sozialdemokratische Agitation auf den Bauten einsetzen, mit diesem Treiben würden die Arbeitgeber ganz machtlos gegenüberstehen. Selbst die bisher ordentlichen Arbeitnehmer, die Politiker und die ruhigen Gelehrten würden von dieser Art Leute dann beeinträchtigt werden. Aus den Verhandlungen der Kommission geht hervor, daß der Regierungsvorberater ganz entschieden gegen die Herausziehung der Arbeitnehmer aus der Baukontrolle ausgesprochen habe, und zwar aus der selben Erwägung, daß nur die sozialdemokratische Agitation in die Bauarbeiter getragen würde. Aus den Verhandlungen der Kommission geht aber ebenfalls hervor, daß die Vertreter der süddeutschen Regierungen nicht diesen Standpunkt geteilt haben. Deshalb habe der Handwerks- und Gewerbeammlertag die Wahl, rechtzeitig dagegen **Stimmen zu laufen.**“

Hoffentlich fallen die verbündeten Regierungen vor diesem Sturm nicht um.

**Die Katholischen Arbeiter** fangen auch in Bayern an, zum Zentrum bedeutlich und unbekannt zu werden. Dieser Lage wurde in bayrischen Bezirksblättern mitgeteilt, daß gelegentlich des Delegiertenkongresses der katholischen Arbeitervereine in Erlangen eine verdeckte Verschreibung stattgefunden und dabei Einflussnahme darüber geherrscht habe, daß es Maßnahmen für Arbeitervertreter von der Bezirkspartei für die nächsten Landtagswahlen in Bayern verlangt werden müssten. Dieser Mittelteilung war in einer Form beigegeben, die fast einer bedingungslosen Zustimmung ähnlich sah. Nun kommt aber der freilebige *Bayrische Kurier* und findet das oben genannte Ergebnis der Erlanger Verschreibung in seiner Form sehr merkwürdig. Die Arbeiterorganisationen könnten in den einzelnen Wahlkreisen für die Aufstellung von Arbeiterrandabstimmungen wirken, aber von der Centralparteileitung die Unterbringung der sechs Kandidaturen zu verlangen sei „der allgemeine Verfehlte Weg“.

Das Centrumsorgan schreibt weiter: „Wir möchten bloß warnen vor allzu leidenschaftlicher Erörterung dieser Frage. Das Zentrum hat nun einmal in Bayern seine sichersten Befestigungen auf dem Land und nicht in den Industriestädten. Daraus ergibt sich die Schwierigkeit der reinen Arbeiterrandabstimmungen. In glücklicher, ruhiger Aussprache werden diese Schwierigkeiten zu bejegnigen sein, nicht aber durch mehr oder weniger verdeckte Drohungen von der einen oder anderen Seite. Sonst wird nur gegen seitige Erbitterung erzeugt zum Schaden aller. Also ruhig Blut allseits! Es ist erst Wahrheitlichkeit. Die Losfallmaschinen aber müssen Sorge tragen, daß die Arbeiterorganisationen in ihnen in ausreichender Stärke vertreten sind. Dann ergibt sich das andere alles von selbst in schöner Eintracht und Harmonie.“

Na, diese schöne Harmonie wird sicher in die Brüche gehen, wenn die katholischen Arbeiter auf ihrem Verlangen bestehen und den schwarzen Sippschaft befreit machen, daß sie nicht gewillt sind, von ihr als Stimmberechtigte gebraucht zu lassen.

**Arbeitermorde** auch in Ungarn! Wo alles gegen freilebende Arbeiter willkt, kann Ungarn allein nicht neutral bleiben. Die Zeitungen berichten über eine wahrschafftliche Metzger unter den ausländischen Rohrgläsern des Brotzuckerbergwerks. Danach hat der Oberstabsleiter dieses Bergwerks das Militär aufgefordert, die Streitenden, die sich sonst ganz ruhig verhielten, durch einen „Aerolet“ einzufüllen. Die requirierte Mannschaft des 23. Jägerbataillons gab auf die dichte Menge eine Salve ab und machte dann einen Bajonettangriff. Hier Tote und sieben Schwerverwundete wälzten sich alsbald in ihrem Blute, 175 Personen wurden leicht verwundet und flüchteten zunächst mit der entsetzt aneinanderstrebenden Masse. Von den Schwerverwundeten ringte einige mit dem Tode. Von den „glorietten Schlacht“ gegen unbewaffnete Proletarien war glänzend durchgeführt.

Es handelt sich hier um eine ganz besonders erbärmlich entehrte Arbeiterschicht, die durch die Not gezwungen zum letzten Mittel, zum Ausstand, griff. Ihr Hunger wird mit blauen Wöhnen gestillt! Fast wie bei uns.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

**Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hansentädte:** Cuxhaven (Streik); **Schleswig-Holstein:** Barmstedt (Sperre über Räthjens in Heindingen).

**Mecklenburg:** Süßen (Sperre über Hollendorf), Laage (Sperre über Körff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

**Pommern:** Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Cöslin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrung);

**Ost- und Westpreussen:** Konitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

**Schlesien:** Görlitz (Streik);

**Posen:** Rawitsch (Sperre über Pustal);

**Brandenburg:** Berlin (Streik), Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenz), Alt-Carle (mehrere Sperren), Cöpenick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover), Spandau (Sperre über Jakowka), Wittstock (Massregelung);

### Provinz Sachsen und Anhalt:

Gardelegen (Streik), Bernburg, Zetts (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik), Cönnern (Sperre über Freymuth & Sohn), Dessau (Sperre über Lüdike);

### Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien- & Kunze, Bahnhofsbaute, Otto Dietze in Wahren, Halleschesstrasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleicher- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Thürerstrasse, Bau Leipzig-erstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steykal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau, Wurzen (Sperre über Lehmann in Pötschau), Hirschberg, Reichenbach i. V., Freiberg, Mylan, Netzschkan (Streik), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Männel), Penig (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münden (Zimmererstreik), Jork-Estebrücke (Sperre über den Neubau Hadler in Cramo a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Uelzen (Aussperrung);

### Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Harzburg (Differenzen);

### Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonnenberg (Sperre über Schmidt), Rudolstadt (Sperre über Fischer), Jena (Sperre in dem Universitätneubau);

### Rheinprovinz:

Vohwinkel, Ratingen, Neunkirchen-Wiebelskirchen-Friedrichstal, Kirn a. d. Nahe (Streiks), Köln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (mehrere Sperren), Neviges (Sperre über Gerharts und Husemann);

### Westfalen:

Siegen (ganzes Siegerland) (Aussperrungen); Schwelm (Streik);

### Bayern:

Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burgfarrnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

### Hessen:

Borsdorf, Dillenburg, Weilburg (Streiks), Heppenheim (Sperre über Herschel und Held), Bandenbach bei Heppenheim (Sperre über Horein), Frankfurt (Sperre über die Kaminbaufirma Hof), Wiesbaden (Sperre über Denz);

### Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Mündenheim (Sperre über Fabrik Giulini), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperre über Schmal und Schweitzer), Philippsburg (Sperre über Gebr. Gillier);

### Württemberg:

Stuttgart (Gipsstreik), Heilbronn (Sperre über Koch & Maier).

### Friesenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), Wanze (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert), Gelsenkirchen (Differenzen);

### Oesterreich:

Warnsdorf i. Böhmen (Streik).

### Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

Maurer werden gesucht nach Cöln (58 A), Opladen (58 A), Elberfeld-Barmen (58 A), Remscheid (58 A) und Solingen (54 A). Eben Meldung im Verbandsbüro Kirchstraße 18, Bisselhövede.

Gru München. In Augsburg kämpfen die Kollegen unterwegs weiter und sie haben auch absolut keinen Grund dazu, müllös zu sein. Nach den Nachrichten, die die Unternehmer freilich ins Land hinausposaunen, sollte man meinen, sie spüren die Wirkung des Circels gar nicht mehr. Die wirklich Lage ergibt sich aus folgenden Bissen: Vor dem Circel waren in Augsburg 108 Gefessel beschäftigt. Davon legten vor die Arbeit nieder. Es blieben also 184 Gefessel und außerdem noch 90 Polizei stehen. Von den Streitenden sind im ganzen 50 zu sogenannten Arbeitwilligen geworden; von auswärts ist den Unternehmern keine Hilfe gekommen, so daß also 183 Gefessel die Bauten befreit haben. Diese können natürlich nicht die Arbeit bewältigen, die früher von den 108 geleistet ward. Dazu kommt, daß es der von den Streitenden organisierten „Sturmkolonne“ (eine scherhaftige Bezeichnung für eine Bauteampatrouille) fortwährend gelingt, einzelne Arbeitswillige zum Verlassen der Arbeit zu bewegen. Schon manche Stütze der Unternehmer ist ihnen durch diese Kollegen abgezogen worden. Es versteht sich am Rande, daß die Streitbreiter zum grössten Teile höchst minderwertige Arbeitkräfte sind. Das müssen sogar die Unternehmer annehmen; denn einer sagt zu seinen Arbeitwilligen: „Wenn Ihr was Gescheites waret, so würdet Ihr bei den Streitenden sein.“ Für manchen Unternehmer wird die Lage immer verzweifelter. Die schönen hohen Summen, die sie sonst aus den Maurerlohn herausholten, sind nun natürlich flüssig gegangen. Wie unberührt hoch die Profite mancher Unternehmer gewesen sind, zeigt folgender Bericht, der uns von Augsburg zugeht: „In einem hierigen Atelier arbeitete ein Maurer an einer Steigarbeit zu einem Taglohn von M. 4,00. Am

Iößlich eines Gesprächs mit dem Baumeister dieser Anstalt, äußerte sich letzterer einmal, daß es ihm wundere, daß bei den „förmlichen“ Mauern in den Ausstand treten; denn ein Lohn von täglich  $\text{M} 7$  sei doch darum, daß man damit auskommen könne. Diese Erklärung des Baumeisters bewirkte, daß der Maurer auf diese Eröffnung hin ebenfalls die Arbeit verließ und sich den Streitenden anschloß, da er sich sagte, wenn der Meister an einem einzigen Arbeiter jeden Tag  $\text{M} 240$  verdient, so ist er sehr wohl im Stande, den Mauern die paar lumpige Preisen Lohnherabsetzung zu geben. Dieses Verfahren, das diesem Baumeister beliebt ist, ist bei allen seinen Kollegen mehr oder minder üblich.

Die letzten solchen goldernen Segens sind freilich nun endgültig vorüber. Bei vielen Firmen äußern sich die Wirkungen des Streits in peinlichen Geldsummen. An einem einzigen Tage, dem 30. August, ergingen Beräumnisurteile in Wechselfällen an der Handelskammer gegen Baugesellschaftsinhaberin Maria Müller im Betrage von  $\text{M} 553$ , gegen den Bauunternehmer Matthäus Ahum über vier Wechsle à  $\text{M} 500 = \text{M} 2000$ , gegen Baumeister Anton Gnieter auf Beträge von  $\text{M} 200$  und  $\text{M} 150$ , gegen Baumeister Martin Krüger auf  $\text{M} 1030$  Wechselseiterforderung. — Eine weitere gegen Baumeister Karl König gerichtete Klage wurde auf den 5. September vertragt. Das sind Anzeichen, die den Streitenden zeigen, daß es bei dem Unternehmertum schon ganz bedenklich wadelt. Die Streitenden sind darum auch guten Platz, sie gehen auch lächelnd darüber zur Lagesordnung, daß die große Preßflocke der bayerischen Scharfmacher, genannt „Augsburger Allgemeine Zeitung“, sie anprallt, indem sie die Streitenden als Faulenzer beschimpft. Dies Blatt nennt sich liberal. Es beweist damit, daß sich die nichtswürdige Riederracht des deutschen Liberalismus von Lasalles Zeiten bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Ein Vorcommis verdient noch erwähnt zu werden. An einem der letzten Abende entstand an der Werkstattstraße ein Auslauf. Ein streitender Maurer wurde von einem „Arbeitswilligen“ in an und für sich nicht grober Weise angebrochen. Sofort sammelte sich um diese beiden eine größere Menschenmenge. Auch die Zahl der ausständigen Maurer hatte sich nach und nach auf ungefähr acht Mann angewandelt; diese aogen sich jedoch sofort in die Kühleinische Wirtschaft zurück, die angesammelte Menge fruchtlos zum Auseinandergehen aufsorrend. Diese staunte sich noch circa 15 Minuten lang gegenseitig an. Die Polizei erfuhr des öfteren um Auseinandерzugehen, doch benahm sie sich vollständig neutral und besonnen. Nur einer der Schuhmacher äußerte sich prophetisch dahin: In Nürnberg endet der Streit und in Augsburg wird er beginnen.

Kollegen, wir fordern Euch dringend auf, unterlaßt alles, was zu ähnlichen Ereignissen führen könnte. Wir wollen unseren ernsten Kampf, den wir fürs Recht und fürs Brot führen, nicht mit solchen Grazen beenden. Unsere Waffe ist der Streit, nicht der Auslauf und nicht der Strafenkram. Damit wäre nur einem gedient: dem Unternehmertum! Es wartet vielleicht mit Schmach darauf, daß Arbeiterschlund vergrößert wird, um seine Radelgelüste davon zu befriedigen. Den Gefallen darfst du ihm nicht tun. Und auch an unsre Freunde in der übrigen Arbeiterschaft wenden wir uns mit der dringenden Bitte, alles zu unterlassen, wodurch derartiges herbeigeführt werden könnte. Dahin gehören vor allem die Ansammlungen, die Ausläufe. Man kann uns die Sympathie auf andere Weise befinden. Mit allem, was aus dem Rahmen der vollen Gesellschaft herausfällt, leistet man uns einen schlechten Dienst. Für die Streitenden aber gilt in diesem Kampfe das Wort: Wer austarret, wird getötet.

**Landshut:** haben die gepflogenen Verhandlungen kein annehmbares Resultat ergeben. Die Unternehmer boten  $35-43$   $\text{A}$  Stundenlohn. Hätten sie einen Mindestlohn von  $43 \frac{1}{2}$  und für invalide und Junggesellen einen solchen von  $35 \frac{1}{2}$  geboten, so wäre der Kampf beendet worden; auf dies Angebot könnten die Streitenden jedoch nicht eingehen.

**Gau Nürnberg:** In Bahreuth ist in der letzten Woche eine Aenderung eingetreten, indem die fünf Streifbrecher am Kasernenbauwelt neben den Hülfearbeitern die Arbeit eingestellt haben. Im übrigen ist der Stand des Circels der gleiche wie in unserem letzten Bericht angegeben.

In **Bad Kissingen** geht am 1. Oktober die Badesaison zu Ende, zu welcher Zeit dann die Bausonjunktur beginnt. Da dort die Unternehmer im vorigen Jahre gelegentlich einer Unterhandlung, für dieses Jahr eine Lohn erhöhung zugeschanden hatten, so haben sich unsere Kollegen rechtzeitig mit einem diesbezüglichen Antrag an sie gewandt. In der letzten Woche haben auch bereits Verhandlungen stattgefunden, wobei die Unternehmer einen Durchschnittslohn von  $38 \frac{1}{2}$  pro Stunde zugeschanden haben, so daß der gegenwärtige Lohn etwa um  $2 \frac{1}{2}$  pro Stunde erhöht wurde. Unsere Kollegen fordern aber einen Mindestlohn von  $42 \frac{1}{2}$  pro Stunde. Eine Versammlung der dortigen Mitglieder hat beschlossen, um ein Entgegenkommen zu zeigen, solle der Einheitslohn jetzt  $38 \frac{1}{2}$  und im nächsten Jahre  $40 \frac{1}{2}$  pro Stunde betragen. Über diese Vorschläge wird in den nächsten Tagen wieder eine Unterhandlung stattfinden; ob sie aber zu einem friedlichen Abschluß führen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Auf alle Fälle werden aber jene Kollegen, die gewöhnlich im Herbst ihre Ausflüchte nach Kissingen nehmen, die Dinge vorerst abwarten haben.

Im Ausstellungsgebiet **Nürnberg-Fürth** hat sich in der letzten Woche eine Aenderung in der Situation nicht ergeben. Die Zahl der Streifbrecher ist trotz des Verlustes des Streifpostenstehens um sechs geringer geworden. Sie betrug im ganzen Gebiete in der letzten Woche 197. Diese Zahl wird sich aber in den nächsten Wochen um ein Bedeutendes reduzieren, denn viele dieser Streifbrecher sind Baupräfekturanten, die nächstes Aufnahme in der Baugewerkschule finden. Leider muß berichtet werden, daß sich in der letzten Woche einige Maurer aus Schillingsfürst von den Unternehmern haben antwerben lassen, worunter sich sogar etliche Verbandsmitglieder des neugegründeten Freigewerbes befinden. Mit diesen werden die dortigen Kollegen aber sofort aufräumen. Die in unserem letzten Bericht angekündigten Unterhandlungen haben bisher noch nicht stattgefunden. Jedenfalls hat sie

der Regierungskommissar deshalb nicht angesetzt, weil die Unternehmer beschlossen haben, erst vom 1. April 1907 an Zugeständnisse zu machen, vorausgesetzt, daß wir auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle Seiten verzichten und bis zu obigem Datum für den bisherigen Lohn weiter arbeiten. Also vor solen nicht nur zu den alten Bedingungen die Arbeit aufnehmen, sondern uns auch noch für eine Zeit zu etwas verpflichten, wo es schließlich gar nicht mehr leben. Um die wenigen Arbeitswilligen zu schützen, hat man nicht nur vom ganzen Lande Polizei und Sendarmen hier zusammengezogen, sondern vom Planöder auch noch sieben Kompanien Infanterie zurückgehalten, und das alles wegen 197 Streifbrecher, denn die Unionswerke kommen nicht mehr als solche in Betracht, da dort der Streit beendet ist.

Die auswärts arbeitenden Kollegen seien nochmals darauf aufmerksam gemacht, das Kampffeld nicht eher aufzusuchen, bis ihnen von der Streitleitung das Ende des Kampfes angekündigt ist.

**Gau Mannheim:** In Neunkirchen und Umgebung stehen die Kollegen nun seit drei Wochen im Streit und wollen weit über den Stand deshalb einiges mitteilen. Es ist den Unternehmern wiederum gelungen, einige „Arbeitswillige“ heranzuschaffen, so daß nun die Pläze von ungefähr 40 pfl. aller vorher dort beschäftigten Maurer befreit sind. Der Streit dauert jedoch fort, und wenn die Kollegen uns auch fernher untersetzen, ist ein Sieg nicht ausgeschlossen. Die Streifbrecher rekrutieren sich aus Schwarzenberg, Laufschloß, Bonn, Höchstädt, Waldbüchheim, Bechhofen, Wiesbaden, Rottweil, Nussbach und Neunkirchen am Poltsberg. Es muß unsere Aufgabe sein, diese Kollegen soweit zu bringen, daß sie von Neunkirchen fortbleiben.

**Gau Frankfurt a. M.** In Wiesbaden steht der Baumeister A. Denz der Hafer. Unser Baubürotausmann auf einem seiner Bauteile wies die Baubüroarbeiter in der Frühstückspause auf die Notwendigkeit der Organisation hin. Er erzählte ein Schwarzer, das dem Herrn Denz und dieser entlich in überschäumendem Kraftgefühl den Kollegen. Selbstverständlich ließen sich die anderen Kollegen das nicht gefallen, sondern legten gleichfalls die Arbeit nieder. Sie fordern die Wiedereinführung des Baubürotausmannes. Offenkundlich wird sich Herr Denz bald beruhigt haben, wenigstens wäre das für den Fortgang seiner Arbeiten dasvernünftigste. Er ist gesperrt.

In **Wiesbaden** ist der Streit durch einen annehmbaren Frieden beendet worden. Es ist ein Vertrag abgeschlossen worden, der an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit die zehnstündige festlegt. Der Lohn wird bei Wiederaufnahme der Arbeit von 40 auf  $43 \frac{1}{2}$  und von 1. April 1907 auf  $45 \frac{1}{2}$  erhöht. Der Vertrag, der auch sonst noch mehrere Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses bringt, hat bis zum 1. April 1908 Gültigkeit.

**Gau Köln:** Der Streit in **Düsseldorf-Rathenau** dauerter nun bereits circa neun Wochen und noch immer ist ein Ende nicht absehbar. Während der Unternehmer Schlosser genügend Streifbrecher hat, machen die anderen zwei im Bunde mit der Polizei rücksichtlose Anstrengungen, um „Arbeitswillige“ zu erhalten; auf allen Bürgermeistereien ist ein großes Palais für Arbeitsangebote nach Mäntingen angegeschlagen. Weitere sind auch in verschiedenen Wirtschaften große Plakate angebracht. Doch alle Mühe war bis jetzt vergebens; denn noch sind auf die Veranlagungen der Unternehmer keine Maurer hineingefallen. Die Unternehmer müssen schließlich wohl gegen ihren Willen den Vertrag annehmen; den geforderten Lohn zahlen sie schon, es handelt sich nur noch um Anerkennung der Organisation.

In **Schwelm** legten Mittwoch, den 5. September, die Maurer und Bauhülfearbeiter die Arbeit nieder. Sie fordern einen Stundenlohn von  $55 \frac{1}{2}$ , im nächsten Jahre  $68 \frac{1}{2}$  und neuneinhalbstündige Arbeitszeit. Die Arbeitsniederlegung erfolgte fast einmütig. Als „Arbeitswillige“ blieben jedoch Maurer stehen, 70 streiken. Es kommt für die erfolgreiche Durchführung des Streits als sehr günstig in Betracht, daß die Bauarbeiter von hier mit offenen Armen im benachbarten Langenfeld und Barmen in Arbeit genommen werden. Am eigentlichen Streit sind nur die Streitteilungen, welche aus je drei Mann bestehen, beteiligt. Die Unternehmer haben sich bereits zu Verhandlungen herbeigefasst. Der Vorstand der Schwelmer Unternehmer sagte zu, für dieses Jahr  $51 \frac{1}{2}$  bei zehnneinhalbstündiger Arbeitszeit und  $58 \frac{1}{2}$  bei neuneinhalbstündiger Arbeitszeit für nächstes Jahr bewilligen zu wollen. Eine Vereinbarung ist jedoch noch nicht zu Stande gekommen.

In **Opladen** mußte ein eigenartiger Kampf geführt werden, mit das dortige Maurergewerbe bestand bereits seit 1903 ein Vertrag, der aber von den Unternehmern wenig oder gar nicht beachtet wurde. Als wir neulich den Unternehmer Lindner aus Barmen sperrten, stellte es sich heraus, daß sowohl ihm wie auch den anderen Unternehmern von diesem Vertrage nichts bekannt war, wenigstens wird es behauptet. Der Vertrag sei, so meinten sie, von den Unternehmern in Klappeßberg und Wissel für Opladen mit abgeschlossen, ohne daß sie dazu beauftragt und berechtigt gewesen seien; infolgedessen stellten wir neue Forderungen auf. Nachdem die Arbeit eine Woche lang geruht hatte, war es möglich, einen neuen Vertrag abzuschließen, der nunmehr für sofort  $56 \frac{1}{2}$ , vom 1. Oktober bis 1. Mai 1907  $58 \frac{1}{2}$  und von da bis zum 1. Mai 1908  $60 \frac{1}{2}$  Stundenlohn festsetzt. Vom 1. Mai 1907 an tritt die neuneinhalbstündige Arbeitszeit in Kraft. Dieser Vertrag ist von sechs Unternehmern schriftlich anerkannt, drei kleinere Betriebe stehen noch außerhalb des Vertrages. Sie sind gesperrt. Es sind:

Die Bewegung im **Siegeland** blieb vorläufig noch nicht zu Ende gehen. Am 4. September fand durch den Stadtsekretär Jung aus Siegen angekündigt, eine Verhandlung statt. Die Unternehmer stellten dabei die annehmende Forderung, daß neuer die Sanierer noch die örtlichen Gewerbevereinigungen an der Verhandlung teilnehmen dürften. Der örtliche Verband hat hier die meisten Mitglieder, er wollte die Verhandlung nicht an der Personenseite scheitern lassen und so sagten auch wir uns. So war unter Kollegen Verständnis war ausdrücklich von der Teilnahme ausgegangen. Nach diesem Vorspiel brauchte man sich nicht zu wundern, daß nichts Gescheites dabei herauskommt. Die Unternehmer machen folgende „Zugeständnisse“: In diesem Jahre sollte keine Lohnherabsetzung eintreten, vom 1. April

1907 an wollten sie  $48 \frac{1}{2}$  Stundenlohn (auf einen Mindestlohn von sich aber nicht einzulassen) zahlen. Wir forderten für dies Jahr  $50 \frac{1}{2}$  und die zehnständige Arbeitszeit. Trotz der Mühe des Verhandlungsteilers, uns diese sonderbaren Zugeständnisse aufzuschwängen, verlor die Sache resultlos. Am 6. September trat man dann zum zweiten Male zusammen. Wir hatten beschlossen, an unserer Forderung festzuhalten; jedoch der überdrüssige Verder aus Frankfurt hatte seine Verhandlungslösungen umgestimmt, sie sollten sich mit  $48 \frac{1}{2}$  zufrieden geben. Als sie den Unternehmern dies offenbarten, zogen diese ihr erstes Angebot zurück und boten nun  $48 \frac{1}{2}$ . Aber auch dabei war der Mindestlohn noch keine Regel. Nun ist es vorläufig mit den Verhandlungen aus. Unsere Situation ist günstig: von den etwa 450 Arbeitern, die vor dem Streit im Bezirk beschäftigt waren, schien noch immer circa 350. Die Einigkeit der Unternehmer hat neuerdings ein Loch bekommen, daß wir allen Grund haben, zu hoffen, daß die Bewegung bald mit einem annehmbaren Erfolg für uns endet. Vor aussehung ist, daß die Christlichen fest bleiben. Die Art und Weise, wie sie immerzu über die angeblichen  $M 7000$  rationieren, die ihnen der Streit schon gefolgt haben soll, läßt allerdings manche Verstärkung berechtigt erscheinen.

**Gau Hannover:** Trotzdem die Unternehmer in Braunschweig arg in der Klemme sitzen, lassen die Gewerbevereine ihren Probenstandpunkt nicht fallen. Um einen Verlust, die Streitenden wollten überhaupt mit den Unternehmern nicht verhandeln, die Spitze abzubrechen, wurde auf Anregung einiger Unternehmer von allen beteiligten Gewerbevereinen in voriger Woche ein Schreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes gerichtet, in dem mitgeteilt wurde, daß die Streitenden jederzeit zum Verhandeln geneigt seien. Der Empfänger des Schreibens hielt es nicht einmal für notwendig, eine Verhandlung des Arbeitgeberverbandes einzuberufen, sondern er teilte den Streitenden mit, daß im Winter die richtige Zeit zum Verhandeln sei. Gut geblüht. Wörel. Die Unternehmer, die jetzt mit ihrer Arbeit in der Patsche sitzen, mögen sich an ihrem Vorstand wenden. Für uns gilt jetzt nur eins, und das ist: Alle Männer raus aus Braunschweig! (Wir machen die Braunschweiger Kollegen auf das Maurergeruch nach Köln aufmerksam. Wie und weiter mitgeteilt wird, will man doch besonders norddeutsche Maurer haben. Die Reb.)

Bei der Firma Peiper sen. in **Schöningen** stand der 88 Jahre alte Maurer Dr. Dräsemeier, der beim Neubau des Herrn Jenisch mit Gerüstbauen beschäftigt war, in der Höhe von 5 Meter ab. Der Unfall passierte Freitag, den 7. September, Morgen 1 Uhr, und war so schwerer Natur, daß der arg Verletzte binnen einer Stunde den Geist aufgab. Da man die jüngeren Kollegen alle ausverrie, mußte man den alten Mann mit solch gefährlichen Arbeiten betrauen. Dieses ist geradezu gemeingefährlich. Selbst der ausbeutungswütige Unternehmer mußte davon ausreden. Da der Bau erst  $1 \frac{1}{2}$  Etage hoch ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich derartige Unglücksfälle noch öfter ereignen.

In **Harzburg** werden unsere Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation teilweise gemäßigt. Zugang ist darum fernzuhalten.

**Gau Bremen:** Die Lohnbewegung in **Visselhövede** ist für uns günstig beendet. Die Unternehmer der 88 Jahre alte Maurer Dräsemeier, der beim Neubau des Herrn Jenisch mit Gerüstbauen beschäftigt war, in der Höhe von 5 Meter ab. Der Unfall passierte Freitag, den 7. September, Morgen 1 Uhr, und war so schwerer Natur, daß der arg Verletzte binnen einer Stunde den Geist aufgab. Da man die jüngeren Kollegen alle ausverrie, mußte man den alten Mann mit solch gefährlichen Arbeiten betrauen. Dieses ist geradezu gemeingefährlich. Selbst der ausbeutungswütige Unternehmer mußte davon ausreden. Da der Bau erst  $1 \frac{1}{2}$  Etage hoch ist, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich derartige Unglücksfälle noch öfter ereignen.

In **Harzburg** werden unsere Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation teilweise gemäßigt. Zugang ist darum fernzuhalten.

**Gau Leipzig:** Bei dem Unternehmer Kreinhuth und Sohn in Cönnern a. d. S. legten 22 Kollegen, die am Turbinenbau bei der Altebener Mühle beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Die Kollegen mußten täglich einen Weg von circa drei Stunden zurücklegen. Als sie deshalb eine Lohnherabsetzung von  $8 \frac{1}{2}$  forderten, verweigerte der Unternehmer sogar die Erfüllung dieses doch gewiß beschiedenen.

Die Unternehmer mußte davon absehen, daß in den vorigen Jahren noch bei elf bis elfeinhalbstündiger Arbeitszeit Lohnsätze von  $M 3$  bis  $M 3,20$  erzielt wurden. Erst seitdem sich unsere dortigen Kollegen dem Verband angeschlossen haben, ist ihre Lage verbessert worden. Der beste Beweis dafür, daß Einigkeit stark macht.

**Gau Leipzig:** Bei dem Unternehmer Kreinhuth und Sohn in Cönnern a. d. S. legten 22 Kollegen, die am Turbinenbau bei der Altebener Mühle beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Die Kollegen mußten täglich einen Weg von circa drei Stunden zurücklegen. Als sie deshalb eine Lohnherabsetzung von  $8 \frac{1}{2}$  forderten, verweigerte der Unternehmer sogar die Erfüllung dieses doch gewiß beschiedenen.

Die Auspaltung in **Cönnern** ist belegt. Leider ist der Ausgang dieser Kampfes nicht so, daß er irgendwelche Erfriedigung herborren könnte. Der Beschluß unserer Kollegen, die Arbeit bedingungslos und ungebunden wieder einzunehmen, ist von den Unternehmern inhibiert worden. Sie haben es fertig gebracht, unseren Kollegen folgende Bedingungen aufzupassen: Im Jahre 1907 gilt noch die zehnständige Arbeitszeit. In der folgenden Woche wird sie auf zehn Stunden reduziert. Der Stundenlohn beträgt nun bis zum 31. März 1908  $40 \frac{1}{2}$ . Ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß im vorigen Jahr noch bei elf bis elfeinhalbstündiger Arbeitszeit Lohnsätze von  $M 3$  bis  $M 3,20$  erzielt wurden. Erst seitdem sich unsere dortigen Kollegen dem Verband angeschlossen haben, ist ihre Lage verbessert worden. Der beste Beweis dafür, daß Einigkeit stark macht.

**Gau Bremen:** Der Streit in **Bittau** und die Auspaltung in der Umgegend haben mit dem 6. September nach siebzehnjähriger Dauer ihr Ende erreicht. Nach den letzten Verhandlungen, die acht Tage dauerten, und unter Beteiligung des Gewerberates und unter Zugeständnissen der Gewerbevereine, die hier die meisten Mitglieder, er wollte die Verhandlung nicht an der Personenseite scheitern lassen und so sagten auch wir uns.

So war unter Kollegen Verständnis war ausdrücklich von der Teilnahme ausgegangen. Nach diesem Vorspiel brauchte man sich nicht zu wundern, daß nichts Gescheites dabei herauskommt. Die Unternehmer machen folgende „Zugeständnisse“: In diesem Jahre sollte keine Lohnherabsetzung eintreten, vom 1. April

bis 30. September  $48 \frac{1}{2}$  Stundenlohn. — Ob die Unternehmer wirklich so bößigmüdig sind, zu glauben, daß sie so lange Ruhe haben werden?

**Gau Bremen:** Der Streit in **Bittau** und die Auspaltung in der Umgegend haben mit dem 6. September nach siebzehnjähriger Dauer ihr Ende erreicht. Nach den letzten Verhandlungen, die acht Tage dauerten, und unter Beteiligung des Gewerberates und unter Zugeständnissen der Gewerbevereine, die hier die meisten Mitglieder, er wollte die Verhandlung nicht an der Personenseite scheitern lassen und so sagten auch wir uns.

So war unter Kollegen Verständnis war ausdrücklich von der Teilnahme ausgegangen. Nach diesem Vorspiel brauchte man sich nicht zu wundern, daß nichts Gescheites dabei herauskommt. Die Kollegen von Bittau und vom Lande haben sich diesmal wieder gehalten. Dieser dreijährige Kampf hat hohe Anforderungen in bezug auf Ausdauer und Bähig-



Nürnberg	Donnerstag, 11. Oktober
Nürth	Freitag, 12. Oktober
Schwalbach	Sonnabend, 13. Oktober
Limberg	
Schwandorf	} Sonntag, 14. Oktober
Regensburg	Montag, 16. Oktober
Weilheim b. W.	Dienstag, 17. Oktober
Koth a. S.	Mittwoch, 18. Oktober
Rothenburg a. d. T.	Donnerstag, 19. Oktober
Auerbach	Freitag, 20. Oktober
Bahrau	Sonnabend, 21. Oktober
Kronach	
Kulmbach	Montag, 22. Oktober

## Referent:

Wilh. Schauer, Stuttgart, König Albertstr. 28, 1. Et.	
Bohr b. Stuttgart	Sonntag, 7. Oktober
Gemünd	Montag, 8. Oktober
Stuttgart	Dienstag, 9. Oktober
Cannstatt	Mittwoch, 10. Oktober
Ludwigsburg	Donnerstag, 11. Oktober
Öhingen	Freitag, 12. Oktober
Neuhausen	Samstag, 13. Oktober
Blieskasten	Sonntag, 14. Oktober
Oppenheim	Montag, 15. Oktober
Heldensheim	Dienstag, 16. Oktober
Ulm	Mittwoch, 17. Oktober
Konstanz	Donnerstag, 18. Oktober
Ebingen	Freitag, 19. Oktober

## Referent:

Hugo Körber, Hamburg, Besenbinderhof 56, 2. Et.	
Schwelmart	Sonntag, 7. Oktober
Kiffingen	Montag, 8. Oktober
Würzburg	Dienstag, 9. Oktober
Heilbronn	Mittwoch, 10. Oktober
Heidelberg	Donnerstag, 11. Oktober
Karlsruhe	Freitag, 12. Oktober
Forchheim	Sonntag, 13. Oktober
Durlach	
Bruchsal	} Sonntag, 14. Oktober
Rastatt	Montag, 15. Oktober
Baden-Baden	Dienstag, 16. Oktober
Offenburg	Mittwoch, 17. Oktober
Zähringen	Donnerstag, 18. Oktober
Freiburg	Freitag, 19. Oktober
Waldkirch	Sonntag, 20. Oktober
Emmendingen	Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

Ch. Bömelburg, Hamburg, Besenbinderhof 56, 1. Et.	
Schweinfurt	Sonntag, 7. Oktober
Worms	Montag, 8. Oktober
Mannheim	Dienstag, 9. Oktober
Ludwigshafen	Mittwoch, 10. Oktober
Speyer	Donnerstag, 11. Oktober
Landau	Freitag, 12. Oktober
Lörrach	
Blochheim	} Sonntag, 14. Oktober
Mülheim	Montag, 15. Oktober
Colmar	Dienstag, 16. Oktober
Strasbourg	Mittwoch, 17. Oktober
Nentadt a. d. H.	Donnerstag, 18. Oktober
Kaiserslautern	Freitag, 19. Oktober
St. Johann	Sonntag, 20. Oktober
Metz	Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

Herm. Lönries, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, 1. Et.	
Coblenz	Sonntag, 7. Oktober
Geisenheim	
Oberstein-Idar	Montag, 8. Oktober
Mainz	Dienstag, 9. Oktober
Wiesbaden	Mittwoch, 10. Oktober
Darmstadt	Donnerstag, 11. Oktober
Alzen	Freitag, 12. Oktober
Friedberg-Nauheim	Sonntag, 13. Oktober
Hornau i. E.	Sonntag, 14. Oktober
Danau	Montag, 15. Oktober
Frankfurt a. M.	Dienstag, 16. Oktober
Offenbach	Mittwoch, 17. Oktober
Aschaffenburg	Donnerstag, 18. Oktober
Werl	Freitag, 19. Oktober
Gießen	Sonntag, 20. Oktober
Marburg	Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

Wilh. Fritsch, Berlin SO, Engelstr. 15, Zimmer 29.	
Hohenlimburg	Sonntag, 7. Oktober
Herford	
Lüdenscheid	Montag, 8. Oktober
Hagen	Dienstag, 9. Oktober
Solingen	Mittwoch, 10. Oktober
Remscheid	Donnerstag, 11. Oktober
Barmen	Freitag, 12. Oktober
Eiserfeld	Sonntag, 13. Oktober
Kuppersdorf	
Kalk	} Sonntag, 14. Oktober
Gülden	Montag, 15. Oktober
Düsseldorf	Dienstag, 16. Oktober
Neuss	Mittwoch, 17. Oktober
Grefeld	Donnerstag, 18. Oktober
Mr.-Gladbach	Freitag, 19. Oktober
Mäheim a. Rhein	Sonntag, 20. Oktober
Bonn	
Ahrweiler	} Sonntag, 21. Oktober
Aachen	Montag, 22. Oktober
Büren	Dienstag, 23. Oktober
Cöln (Elb)	Mittwoch, 24. Oktober
Cöln (Kreisgeb.)	Donnerstag, 25. Oktober
Cöln (Nippes)	Freitag, 26. Oktober
Velbert	Sonntag, 27. Oktober
Nath.	
Beurath	} Sonntag, 28. Oktober

## Referent:

Wilh. Schulz, Posen, Halbborsstr. 19, part.	
Varoy	Sonntag, 7. Oktober
Lütgenhofmünd	Montag, 8. Oktober
Hörde	Dienstag, 9. Oktober
Hamm	Mittwoch, 10. Oktober
Dortmund	Donnerstag, 11. Oktober
Langendreer	Freitag, 12. Oktober
Witten	Sonntag, 13. Oktober
Bochum	
Herne	} Sonntag, 14. Oktober
Wanne	Montag, 15. Oktober
Recklinghausen	Dienstag, 16. Oktober
Gelsenkirchen	Mittwoch, 17. Oktober
Essen	Donnerstag, 18. Oktober
Borbeck	Freitag, 19. Oktober
Oberhausen	Sonntag, 20. Oktober
Hochheide	
Wuppertal	} Sonntag, 21. Oktober
Wittringen	Montag, 22. Oktober
Münster	Dienstag, 23. Oktober
Wiedenbrück	Mittwoch, 24. Oktober
Werden	Donnerstag, 25. Oktober
Hattingen	Freitag, 26. Oktober
Unna	Sonntag, 27. Oktober
Derne	
Eving	} Sonntag, 28. Oktober

## Referent:

Hermann Silberschmidt, Berlin, Engelstr. 15.	
Bramsche	Sonntag, 6. Oktober
Ösnabrück	
Welle	} Sonntag, 7. Oktober
Oldenburg	Montag, 8. Oktober
Brake	Dienstag, 9. Oktober
Nordenham	Mittwoch, 10. Oktober
Bremervörde	Donnerstag, 11. Oktober
Wilhelmshaven	Freitag, 12. Oktober
Norderney	Sonntag, 13. Oktober
Wittmund	
Norden	} Sonntag, 14. Oktober
Enden	Montag, 15. Oktober
Leer	Dienstag, 16. Oktober
Delmenhorst	Mittwoch, 17. Oktober
Bremen	Donnerstag, 18. Oktober
Braunschweig	Freitag, 19. Oktober
Verden	Sonntag, 20. Oktober
Vegestdorf	Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

Joh. Schenck, Erfurt, Vorstraße 7, 2. Et.	
Parchim	Sonntag, 6. Oktober
Lübeck	
Laenzenburg	} Sonntag, 7. Oktober
Großhach	Montag, 8. Oktober
Bergedorf	Dienstag, 9. Oktober
Wilhelmsburg	Mittwoch, 10. Oktober
Harburg	Donnerstag, 11. Oktober
Winsten	Freitag, 12. Oktober
Uelzen	Sonntag, 13. Oktober
Stellingen	
Neustadtien	Montag, 14. Oktober
Osium	Dienstag, 15. Oktober
Hedde	Mittwoch, 16. Oktober
Nierchen	Donnerstag, 17. Oktober
Stade	Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

H. Hättmann, Frankfurt a. M., Roßbachstr. 98, 2. Et.	
Steinbeck	Sonntag, 6. Oktober
Hamburg	
Binnenberg	} Sonntag, 7. Oktober
Elmshorn	Montag, 8. Oktober
Neumünster	Dienstag, 9. Oktober
Niel	Mittwoch, 10. Oktober
Holsteinau	Donnerstag, 11. Oktober
Precht	Freitag, 12. Oktober
Sonderburg	Sonntag, 13. Oktober
Appenrade	
Haderseleben	Montag, 14. Oktober
Telnsburg	Dienstag, 15. Oktober
Schlewig	Mittwoch, 16. Oktober
Bendsborg	Donnerstag, 17. Oktober
Gutin	Freitag, 18. Oktober
Stellingen	Sonntag, 19. Oktober
Oldenburg i. Holst.	
Oldenburg i. Holst.	} Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

L. Barnstorff, Hannover, Langestraße 2	
Olbedoe	Sonntag, 6. Oktober
Ahrendsförde	
Traventhalde	} Sonntag, 7. Oktober
Lübeck	Montag, 8. Oktober
Naherburg	Dienstag, 9. Oktober
Schwarlau i. M.	Mittwoch, 10. Oktober
Schwerin i. M.	Donnerstag, 11. Oktober
Widmar	Freitag, 12. Oktober
Brunshaupten	Sonntag, 13. Oktober
Doberan	
Nostorf	Montag, 14. Oktober
Warne	Dienstag, 15. Oktober
Güstrow	Mittwoch, 16. Oktober
Malchin	Donnerstag, 17. Oktober
Teterow	Freitag, 18. Oktober

## Referent:

August Friedrich, Dresden, Nienburgstr. 2, 2. Et.	
Nordheim	Sonntag, 6. Oktober
Gimbeck	
Hameln	} Sonntag, 7. Oktober
Minden	Montag, 8. Oktober
Dehnhausen	Dienstag, 9. Oktober
Wieselsfeld	Mittwoch, 10. Oktober
Bünde	Donnerstag, 11. Oktober
Herford	Freitag, 12. Oktober
Teimold	Sonntag, 13. Oktober
Holzminden	
Nienburg a. d. W.	} Sonntag, 14. Oktober
Hannover	Montag, 15. Oktober
Gele	Dienstag, 16. Oktober
Heine	Mittwoch, 17. Oktober
Salzwedel	Donnerstag, 18. Oktober
Eicenval	Sonntag, 19. Oktober

## Referent:

Heinrich Stolle, Stuttgart, Ehlingerstr. 19, 1. Et.	
Niederösterreich	Sonntag, 6. Oktober
Terbenberg	
Wernigerode	} Sonntag, 7. Oktober
Wolfsbuttel	Montag, 8. Oktober
Wernigerode	Dienstag, 9. Oktober
Schönhausen	Mittwoch, 10. Oktober
Schönhausen	Donnerstag, 11. Oktober
Helmstedt	Freitag, 12. Oktober
Köslitz	Sonntag, 13. Oktober
Gele	
Seesen	} Sonntag, 14. Oktober
Castrop	Montag, 15. Oktober
Wesel	Dienstag, 16. Oktober
Wesel	Mittwoch, 17. Oktober
Wesel	Donnerstag, 18. Oktober
Wesel	Freitag, 19. Oktober
Wesel	Sonntag, 20. Oktober
Wesel	
Wesel	} Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

C. Voigt, Straßburg i. E., Kreuzgasse 13.	
Godwig	Sonntag, 6. Oktober
Nölkau	
Berbst	} Sonntag, 7. Oktober
Desau	Montag, 8. Oktober
Magdeburg	Dienstag, 9. Oktober
Burg	Mittwoch, 10. Oktober
Edesbeck	Donnerstag, 11. Oktober
Stadt	Freitag, 12. Oktober
Barby	Sonntag, 13. Oktober
Calbe	
Bernburg	} Sonntag, 14. Oktober
Quedlinburg	Montag, 15. Oktober
Halberstadt	Dienstag, 16. Oktober
Blankenburg	Mittwoch, 17. Oktober
Öschelbrücken	Donnerstag, 18. Oktober
Neuhaldensleben	Freitag, 19. Oktober
Lebendorf	Sonntag, 20. Oktober
Gardelegen	

## Referent:

Heinrich Müsler, Breslau, Am gr. Wehr 3, 2. Et.	
Sangerhausen	Sonntag, 6. Oktober
Frankenhausen	
Artern	} Sonntag, 7. Oktober
Sömmerda	Montag, 8. Oktober
Grund	Dienstag, 9. Oktober
Meiningen	Mittwoch, 10. Oktober
Schmalzalben	Donnerstag, 11. Oktober
Salzungen	Freitag, 12. Oktober
Mühla	Sonntag, 13. Oktober
Walterhausen	
Görlitz	} Sonntag, 14. Oktober
Eilenburg	Montag, 15. Oktober
Langensalza	Dienstag, 16. Oktober
Mühlhausen	Mittwoch, 17. Oktober
Nordhausen	Donnerstag, 18. Oktober
Freital	Freitag, 19. Oktober
Wittenberg	Sonntag, 20. Oktober
Allstedt	

## Referent:

Herm. Müsel, Lübeck, Marlystr. 57a.	
Nöthnitz	Sonntag, 6. Oktober
Wettin	
Görlitz	

Hettstedt	Freitag, 12. Oktober
Lochan	Sonnabend, 13. Oktober
Crostau	Sonntag, 14. Oktober
Döhlitz	Montag, 15. Oktober
Bitterfeld	Dienstag, 16. Oktober
Görlitzburg	Mittwoch, 17. Oktober
Tauscha	Donnerstag, 18. Oktober
Löbau	Freitag, 19. Oktober
Überh.	Sonnabend, 20. Oktober
Breslau	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

Carl Hiddeßen, Bremen, Hankenstr. 21/22, 2. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Würzen	{ Sonntag, 7. Oktober
Dahlen	Montag, 8. Oktober
Orschau	Dienstag, 9. Oktober
Söbels	Mittwoch, 10. Oktober
Roßwein	Donnerstag, 11. Oktober
Sainteichen	Freitag, 12. Oktober
Waldheim	Sonnabend, 13. Oktober
Leisnig	Sonntag, 14. Oktober
Gräfenhain	Montag, 15. Oktober
Plaue	Dienstag, 16. Oktober
Leipzig	Mittwoch, 17. Oktober
Salle	Donnerstag, 18. Oktober
Merseburg	Freitag, 19. Oktober
Markranstädt	Sonnabend, 20. Oktober
Küthen	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

Fritz Paeplow, Hamburg, Beseenbinderhof 56, 2. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Burgstädt	Sonntag, 7. Oktober
Flöha	Montag, 8. Oktober
Mittweida	Dienstag, 9. Oktober
Frankenberg	Mittwoch, 10. Oktober
Chemnitz	Donnerstag, 11. Oktober
Zwickau	Freitag, 12. Oktober
Hohenstein-Ernstthal	Sonnabend, 13. Oktober
Anusberg	Sonntag, 14. Oktober
Göhr	Montag, 15. Oktober
Aue	Dienstag, 16. Oktober
Schneeberg	Mittwoch, 17. Oktober
Falkenstein	Donnerstag, 18. Oktober
Delitzsch	Freitag, 19. Oktober
Plaue	Sonnabend, 20. Oktober
Greiz	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

Fr. Dahl, Dortmund, Leopoldstr. 48.	Sonnabend, 6. Oktober
Borna	Sonntag, 7. Oktober
Meuselwitz	Montag, 8. Oktober
Altenburg	Dienstag, 9. Oktober
Meerane	Mittwoch, 10. Oktober
Glauchau	Donnerstag, 11. Oktober
Geithain	Freitag, 12. Oktober
Eckarts	Sonnabend, 13. Oktober
Schmölln	Sonntag, 14. Oktober
Rositzburg	Montag, 15. Oktober
Langenbergs	Dienstag, 16. Oktober
Gera	Mittwoch, 17. Oktober
Weida	Donnerstag, 18. Oktober
Wiedau	Freitag, 19. Oktober
Werda	Sonnabend, 20. Oktober
Reichenbach	Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

M. Hörter, Mannheim, U 6, Nr. 24.	Sonntag, 7. Oktober
Weinböhla	Montag, 8. Oktober
Niebla	Dienstag, 9. Oktober
Weißenfels	Mittwoch, 10. Oktober
Brieskeberg	Donnerstag, 11. Oktober
Pötschappel	Freitag, 12. Oktober
Dresden	Sonnabend, 13. Oktober
Reichenberg	Sonntag, 14. Oktober
Umgegend v. Dresden	Montag, 15. Oktober
Glashütte	Dienstag, 16. Oktober
Mügeln	Mittwoch, 17. Oktober
Wurzen	Donnerstag, 18. Oktober
Schnitz	Freitag, 19. Oktober
Langburkersdorf	Sonnabend, 20. Oktober
Krippen	Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

G. Muth, Cöln a. Rh., Severinstraße,	Sonnabend, 6. Oktober
Spandau	Sonntag, 7. Oktober
Gransee	Montag, 8. Oktober
Brandenburg	Dienstag, 9. Oktober
Fürstenberg	Mittwoch, 10. Oktober
Neustrelitz	Donnerstag, 11. Oktober
Wittstock	Freitag, 12. Oktober
Wittenberge	Sonnabend, 13. Oktober
Potsdam	Sonntag, 14. Oktober
Nowawes	Montag, 15. Oktober
Gr. Kreuz	Dienstag, 16. Oktober
Lehnin	Mittwoch, 17. Oktober
Nauen	Donnerstag, 18. Oktober
Neuruppin	Freitag, 19. Oktober
Cöpenick	Sonnabend, 20. Oktober
Mathenow	{ Sonntag, 21. Oktober.

Referent:	
G. Thöne, Cassel, Klosterstraße 11, 1. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Wittenberg	{ Sonntag, 7. Oktober
Trebbin	Montag, 8. Oktober
Fürstenwalde	Dienstag, 9. Oktober
Velten	Mittwoch, 10. Oktober
Reudamm	Donnerstag, 11. Oktober
Cöstrin	Freitag, 12. Oktober
Landsberg	Sonnabend, 13. Oktober
Schneidemühl	Sonntag, 14. Oktober
Stolpe	Montag, 15. Oktober
Wongrowitz	Dienstag, 16. Oktober
Schwedt a. d. El.	Mittwoch, 17. Oktober
Wriezen	Donnerstag, 18. Oktober
Schwielow	Freitag, 19. Oktober
Kriedrichshagen	Sonnabend, 20. Oktober
Werder	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

Herrn. Bande, Rattow, Grünstraße 17, 1. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Elsterwerda	Sonntag, 7. Oktober
Mühlberg	Montag, 8. Oktober
Künterswalde	Dienstag, 9. Oktober
Senftenberg	Mittwoch, 10. Oktober
Eyreberg	Donnerstag, 11. Oktober
Forst	Freitag, 12. Oktober
Görlitz	Sonnabend, 13. Oktober
Beuthau	{ Sonntag, 14. Oktober
Lübben	Montag, 15. Oktober
Königs Wusterhausen	Dienstag, 16. Oktober
Erkner	Mittwoch, 17. Oktober
Frankfurt a. d. O.	Donnerstag, 18. Oktober
Sommerfeld	Freitag, 19. Oktober
Guben	Sonnabend, 20. Oktober
Großens	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

Carl Übermeier, Braunschweig, Reichenbergerstr. 3, 3. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Neugersdorf	Sonntag, 7. Oktober
Großkötzau	Montag, 8. Oktober
Reichenau	Dienstag, 9. Oktober
Bautzen	Mittwoch, 10. Oktober
Großwilsdorf	Donnerstag, 11. Oktober
Löbau	Freitag, 12. Oktober
Görlitz	Sonnabend, 13. Oktober
Weißwasser	Sonntag, 14. Oktober
Sagan	Montag, 15. Oktober
Freiberg	Dienstag, 16. Oktober
Gräbers	Mittwoch, 17. Oktober
Neusalz	Donnerstag, 18. Oktober
Glogau	Freitag, 19. Oktober
Zeitz	Sonnabend, 20. Oktober
Goldberg	{ Sonntag, 21. Oktober
Hainau	Montag, 22. Oktober
Wunzen	Dienstag, 23. Oktober
Löwenberg	Mittwoch, 24. Oktober.

## Referent:

Jos. Lübbring, Eissen (Ruhr), Kirchstr. 18.	Sonnabend, 6. Oktober
Hirschberg	Sonntag, 7. Oktober
Schmiedeberg	Montag, 8. Oktober
Landeshut	Dienstag, 9. Oktober
Görsdorf	Mittwoch, 10. Oktober
Waldenburg	Donnerstag, 11. Oktober
Freiberg i. Sch.	Freitag, 12. Oktober
Striegau	Sonnabend, 13. Oktober
Jauer	{ Sonntag, 14. Oktober
Wärzsdorf	Montag, 15. Oktober
Ölhan	Dienstag, 16. Oktober
Schweidnitz	Mittwoch, 17. Oktober
Leubnitzbach	Donnerstag, 18. Oktober
Langenbielen	Freitag, 19. Oktober
Wölfe	Sonnabend, 20. Oktober
Wreschen	{ Sonntag, 21. Oktober
Gleiwitz	Montag, 22. Oktober
Bahrze	Dienstag, 23. Oktober
Beuthen	Mittwoch, 24. Oktober
Kattowitz	Donnerstag, 25. Oktober
Brieg	Freitag, 26. Oktober
Oppeln	Sonnabend, 27. Oktober
Obernigk	Sonntag, 28. Oktober
Rawitsch	Montag, 29. Oktober
Vissa	Dienstag, 30. Oktober

## Referent:

J. Koch, Magdeburg, Blauebeilstr. 21.	Sonnabend, 6. Oktober
Königsberg (N.-West.)	Sonntag, 7. Oktober
Giddichow	Montag, 8. Oktober
Bodejich	Dienstag, 9. Oktober
Stettin	Mittwoch, 10. Oktober
Nienbrandenburg	Donnerstag, 11. Oktober
Friedland	Freitag, 12. Oktober
Brenzlau	Sonnabend, 13. Oktober
Stralsund (L. M.)	{ Sonntag, 14. Oktober
Bafewalz	Montag, 15. Oktober
Tarnitz	Dienstag, 16. Oktober
Kinnowitz	Mittwoch, 17. Oktober
Wulstan	Donnerstag, 18. Oktober
Wolgast	{ Sonntag, 19. Oktober
Gretschwald	Montag, 20. Oktober

Demmin	Freitag, 19. Oktober
Stralsund	Sonnabend, 20. Oktober
Barz a. Rügen	{ Sonntag, 21. Oktober.

## Referent:

G. Knape, Görlitz, Bittauerstraße 142	Sonnabend, 6. Oktober
Stargard i. P.	Sonntag, 7. Oktober
Pyritz	Montag, 8. Oktober
Arnswalde	Dienstag, 9. Oktober
Schivelbein	Mittwoch, 10. Oktober
Belgard	Donnerstag, 11. Oktober
Cöllin	Freitag, 12. Oktober
Neustettin	Sonnabend, 13. Oktober
Stummelsburg	{ Sonntag, 14. Oktober
Publitz	Montag, 15. Oktober
Kollberg	Dienstag, 16. Oktober
Trenzow	Mittwoch, 17. Oktober
Greifswald	Donnerstag, 18. Oktober
Wiedron	Freitag, 19. Oktober
Ewininende	Sonnabend, 20. Oktober
Wollin	{ Sonntag, 21. Oktober

## Referent:

J. Eßtinge, Hamburg, Beseenbinderhof 56, 1. Et.	Sonnabend, 6. Oktober
Bromberg	Sonntag, 7. Oktober
Thorn	Montag, 8. Oktober
Deutsch Glien	Dienstag, 9. Oktober
Osterode	Mittwoch, 10. Oktober
Kastenburg	Donnerstag, 11. Oktober
Königsberg i. Pr.	Freitag, 12. Oktober
Gumbinnen	Sonnabend, 13. Oktober
Memel	{ Sonntag, 14. Oktober
Tilsit	Montag, 15. Oktober
Zisterburg	Dienstag, 16. Oktober
Elbing	Mittwoch, 17. Oktober
Marienwerder	Donnerstag, 18. Oktober
Brandenburg	Freitag, 19. Oktober
Dr. Stargard	Sonnabend, 20. Oktober
Danzig	{ Sonntag, 21. Oktober
Erolz i. P.	Mittwoch, 22. Oktober

## Referenten:

Bömelburg, Eßtinge, Hüttemann, Ruth und Silbermann (5 Versammlungen).	Mittwoch, 24. Oktober.
---	------------------------

## Bekanntmachungen der Gauvorstände.

## Gau Lübeck.

Meine Adresse ist vom 26. September b. J. an

D. Mügel, Adlersstr. 38, 3. Et.

Referenten im rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet.

Vom 16. b. J. an beginnt für das Vertragsgebiet eine andere Arbeitszeit. Es ist deshalb notwendig, nochmals darauf hinzuweisen, daß sich die Arbeitszeit während der Wintermonate nicht mehr nach den ersten Verträgen regelt, die die meisten Mitglieder noch in Händen haben, sondern, daß hier seitens des Einigungsausschusses verschiedene Änderungen vorgenommen werden müssen. Die Arbeitszeit ist jetzt wie folgt geregelt:

Jaahreszeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
16. März bis 15. Septbr.	6	8-8	12-14	4-4	7	10	
16. Septbr. bis 30. Septbr.	6	8-8	12-1	4-4	6	10	
1. Oktober bis 15. Oktober	6	8-8	12-1	4-4	6	9	
1. Oktober bis 31. Oktbr.	6	8-9	12-1	4-4	5	8	
1. Novbr. bis 15. Novbr.	7	8-9	12-1	4-4	5	8	
16. Novbr. bis 30. Novbr.	7	8-9	12-1	—	5	8	
1. Dezbr. bis 15. Dezbr.	8	—	12-1	—	5	8	
16. Dezbr. bis 15. Januar	8	—	12-1	—	5	8	
16. Januar bis 15. Februar	8	9-9	12-1	—	5	8	
16. Februar bis 28. Februar	7	8-9	12-1	4-4	6</		

Falle, müssen wir jedoch eine Abwehr und Rüchtigung vornehmen. Es handelt sich um die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg, die am 2. September in Berlin tagte. Vom Bericht des "Bormärts" hat der Verlegerstatter der Arbeiterkammer gesagt:

In Schwiebus ist von 103 gewerkschaftlich organisierten Mauern nicht einer politisch organisiert. Aehnliche Verhältnisse sind auch aus anderen Orten bekannt geworden. Es muss daher eingetragen werden, daß die baugewerblichen Arbeiter, welche in der Provinz wohnen und in Berlin beschäftigt sind und sich hier als gute Parteigenossen ausgeben, ihr parteidemokratisches Gefühl auch in ihren Heimatorten bestätigen und dort für die Partei wirken. Wer in Berlin arbeitet, ist doch in seinem Heimatort wirtschaftlich so unabhängig, daß er dort, ohne Schaden für sich beschäftigt zu müssen, für die Partei eintreten kann.

Ein anderer Redner, der Reichstagsabgeordnete für die Ostpreußen, sprach den Fäden weiter und sagte: "Berliner Parteigenossen hätten sich an die Filiale des Maurerverbandes in einem Provinzort gewandt. Eine Besprechung habe stattgefunden, um die betreffenden Mauern für die Unterstützung bei der Gründung eines Wahlvereins zu gewinnen. Danach habe ein Mitglied der Maurerfiliale in einem Briefe an einen der Geistlichen geschrieben, der Vorsitzende des Zweigvereins der Maurer habe erklärt: Unsere Mitglieder wollen von einem Wahlverein nichts wissen. So sei denn auch die Unterstützung durch die Maurer ausgeschlossen. Diese Tatsache sei wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft. In einem Kreise, der eine Domäne des Junktionismus ist, müsse man doch von den Gewerkschaften erwarten, daß sie die Partei unterstützen.

Wir bedauern es auf das stelle, daß die Mitglieder unseres Verbandes noch nicht überall zu der Erkenntnis gelangt sind, daß sie nicht nur ihrer Gewerkschaft angehören, sondern auch eingeschriebene und tätige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein müssen. So "wir arz", aber wie die Maurer auf dem Brandenburgischen Parteitag hingestellt wurden, sind sie erfreulicherweise doch nicht. Nach unserer Information sind etwa neun Gehente unter den in der Provinz Brandenburg (ehnlichlich Berlin) wohnenden Mitglieder tätig und zuverlässige Parteigenossen; in einer Reihe kleiner Städte der Provinz steht sich die Parteorganisation und -bewegung lediglich allein auf die Maurer. Allerdings ist die Ostpreußen nicht davon bisher leider ausgeschlossen. Wie steht es da aber mit der Gewerkschaft? Auch davon haben wir speziell nichts Altmenschenwertes zu berichten. Höfentlich erziehen wir uns aber auch dort recht bald einen Stamm standhafter Kollegen, und dann wird auch die sozialdemokratische Partei dort Eingang finden. Von dem Verhältnis in Schwiebus sind wir ebenfalls durchaus nicht befriedigt, obwohl wir annehmen dürfen, daß sich unsere dortigen Kollegen gelegentlich alle in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen; jedenfalls dann, wenn es sich um Wahlen oder andere besondere Aktionen der Partei handelt. Es trifft auch nicht zu, daß von den 103 Schwiebusern Maurern nicht einer politisch organisiert sei. Bündnis ist festzustellen, daß von den 103 nur etwa zwei Dutzend in Schwiebus selbst wohnen und von diesen zwei oder drei dem dortigen Wahlberein angehören. Die übrigen "Schwiebusern" wohnen auf den umliegenden Dörfern und es gehören hier und da zwei oder drei dem politischen Verein an; einige haben sogar Vertrauensposten inne. Immerhin muß zugegeben werden, daß die übergroße Mehrzahl der in Schwiebus beschäftigten Maurer nicht der sozialdemokratischen Partei als eingeschriebene Mitglieder angehören. Wir wünschen natürlich sehr leicht, daß das bald besser wird.

Aber warum denn immer der Gewerkschaft die Schuld geben, wenn die Partei nicht vorwärts kommt? Sollte das Verschulden nicht in erster Linie bei den Parteifunktionären liegen? Wir sind von dem letzteren überzeugt. Und warum wird meist immer nur die angebliche Schlechtheit der Gewerkschaften hergehoben? Wußten die betreffenden Redner auf der Brandenburger Konferenz gar nicht, daß die Brandenburger Maurer im allgemeinen, ja zum überwiegenden Teil - tätige Parteimitglieder sind, ja, daß in manchen Städten der Provinz Brandenburg die Maurer- und andere baugewerblichen Arbeiter das Rückgrat der Partei sind? Doch wohl. Wenigstens unbewußt haben sie ausgesprochen, daß die Partei nichts ist, ohne die Gewerkschaften. Aber es ist doch gar zu verlockend, den Gewerkschaften dann, und wann einen Fünftel zu verschenken. Diese Tatsache ist auch wichtig in Rücksicht auf die gegenwärtigen Debatten über Partei und Gewerkschaft, um mit dem Reichstagsabgeordneten für die Ostpreußen zu reden. Das "festzustellen" schien ihm nämlich der Hauptzweck seines Angriffs auf die Maurer zu sein.

\*

#### Konflikt im rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet.

Zu dem Artikel unter obiger Überschrift in Nr. 80 des "Grundstein" hat baulichlich der Verbandsdirektor Schmidheaus vom Arbeitgeberbund gelaufen, etwas berichtigend zu müssen. Auf diese Berichtigung selbst hier noch näher einzugehen, erklärte sich wohl, da das Nötige hierzu bereits in Nr. 83 festgestellt ist. Über einen längeren Artikel, den Herr Schmidheaus unter dem Titel: "Sozialdemokratische Vertragsstellung" in der Nr. 88 seiner Arbeitgeberzeitung veröffentlicht, müssen wir etwas näher unter die Lupe nehmen. Nachdem Herr Schmidheaus nochmals

seinen staunenden Lesern den "großen Vertragsbruch der Arbeiterorganisation" vorgeführt hat, erklärt er, daß er am 2. Juli selbst in Mülheim gewesen sei und sich von dem Vorstandesmitglied der Streitposten und der vollen Sperrre des Baues überzeugt habe. Ferner habe er festgestellt, ob die Einladungen zur Sitzung der Schlichtungskommission erfolgt seien. Des Weiteren habe er in der Sitzung des Einigungsamtes die nötigen Erklärungen über Beginn und Ende der Aussperzung gegeben. Also Herr Schmidheaus erklärte in vollster Gloria. Dann aber sah er fort: "Auf diesem Artikel hin sah sich der Gauleiter Kahl-Dörrnburg bemüht, seine Seite im 'Grundstein' eine Bekanntmachung zu geben, die wieder deutlich erkennen läßt, in welche unanständiger Weise von den Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit Personen angegriffen und diskreditiert werden. Auf Unwahrheiten kommt es dem Herrn dabei nicht an. Die Hauptfahne ist, daß durch den Artikel eine Sensation gemacht wird und daß die Arbeiter an den bekannten Schlagworten ihre Freude haben." Sodann wird der Schlußtag des ersten Teiles der Berichtigung in Nr. 88 wiederholt, und auch der Teil des Artikels, der von den Ausführungen des Bauführers Dörfel handelt. Dann heißt es: "Herr Schmidheaus auf das Gebiet, auf dem sich nach seinen offenen Ausschreibungen die Sozialdemokraten bewegen sollen. Er schimpft nämlich mit 'Anhänd': Große Unwahrheit! und zwar eine ernsthafte Unwahrheit. Es ist also eine unerhörte Dreistigkeit, mit solchen Unwahrheiten öffentlich in ihrer Beziehung Stimmen zu machen. Ebenso ist es eine Unwahrheit, daß der Bauführer Dörfel die oben erwähnte Erklärung abgegeben hat usw. Wir wollen nicht in den Ton des Herrn Schmidheaus verfallen; wollen auch nicht schreiben, daß es dem Herrn auf Unwahrheiten dabei nicht ankommt, sondern wollen nur einiges stellen. Schmidheaus behauptet, es sei eine grobe und unmöglich Unwahrheit, daß der Polier auf seine Anweisung hin so gehandelt habe, er keine den Polier gäbe nicht. Wer hat denn behauptet, daß jenseits der Welt sei? Es heißt ausdrücklich, in dem fraglichen Artikel:

"Bauernkampf aus dieser Sicht ist, daß der Vertreter der Firma Bauführer Dörfel, erklärt, 'Verbandsdirektor' Schmidheaus habe ihm mitgeteilt, er brauche den Obmann der Schlichtungskommission auf der Baustelle nicht zu dulden, sondern habe er dem Polier die Anweisung gegeben, denselben sofort von der Baustelle zu weisen." Schmidheaus will sich nun von dem Verdacht, eine solche Anweisung gegeben zu haben, dadurch reinnaschen, daß er erst am Montag, den 2. Juli, in Mülheim gewesen sein will, während die Sperrre schon in der vorhergehenden Woche begonnen habe. Das eine große Anzeige während der Sperrre erlangt sei, hat auch weiter der Bauführer Dörfel behauptet, noch ist davon in dem Artikel die Rede. Eine unerhörte Dreistigkeit aber ist es, wenn ein Mensch, der bei den Verhandlungen überhaupt nicht zugewiesen gewesen ist, hinterher läuft und behauptet: "Ebenso ist es eine Unwahrheit, daß der Bauführer Dörfel die oben erwähnte Erklärung abgegeben hat." Einmal darzertiges mit dem richtigen Namen zu belügen, dazu fehlt uns dann doch die "unanständige Weise" der Sozialdemokraten. Wenn Herr Schmidheaus glaubt, daß es eine Ausschreibung über irgend welche Vorwürfe auch stets für uns maßgebend seien, so befindet er sich auf dem Holzweg. Wir werden uns noch wie vör gestalten, unsere eigene Meinung zu haben und diese auch zu vertreten, und der Wahrheit die Ehre zu geben. Damit für heute genug.

#### Angefreuer Kassierer.

Der Maurer Hermann Järling (Buch. 178001) hatte dem Zweigverein Geilenkirchen in seiner Eigenschaft als Hilfskassierer den Betrag von M. 46,25 unterschlagen und ist heut von der I. Strafanstalt des Königl. Landgerichts in Essen wegen Untreue zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden.

**Breslau.** In der Gips- und Zementbranche lagen die Verhältnisse in den letzten Jahren hier am Orte noch schärfer. Geregelter Löhne waren nicht vorhanden; jeder Unternehmer zahlte nach seinem eigenen Gutdünken. Die Kollegen waren anscheinend damit sehr zufrieden. Wenn auch einzelne hin und wieder ein Wort verloren, so geschah es nur ganz leise, sonst hätte es ja wohl möglich der Unternehmer hören können. Auch als nach dem letzten Verbandsstage die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen von der Totalverwaltung aufgefordert wurden, sich zwecks Verbesserung ihrer Lage zu organisieren, zusammenzutreffen, hielten sie es nicht einmal für angebracht, in den für sie angelegten Verhandlungen zu erscheinen, so daß sie öfter nicht stattfinden konnten. Daraus war zu sehen, daß es die Kollegen gar nicht wünschten, ihre Lage verbessert zu sehen; auch wußten sie anscheinend nicht, daß eine Gruppe mit Butter zubereitet besser sämmt als eine mit Minztopf. Als im Frühjahr dieses Jahres seitens der Maurer, Zimmerer und Bauführerarbeiter Lohnforderungen gestellt wurden, fing es auch bei den in der Gips- und Zementbranche Beschäftigten an zu dämmern. Die Erfahrungen in den letzten Jahren hatten es ihnen gelehrt, daß sich ihre Löhne immer nicht verbreiterten, während sie für die übrigen im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter immer mehr in die Höhe gingen. Aus diesem Grunde wurde die Totalverwaltung erlaubt, einen Lohnklaus auszuarbeiten und ihn an die in Betracht kommenden Firmen einzufinden. Dieses geschah auch; jedoch hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Unternehmer fannen ihre Leute von früher her und gaben auf die eingesetzten Forderungen, wie auf mehrmalige schriftliche Eingaben keine Antwort. Die Kollegen beschlossen zunächst, am 13. August die Arbeit niederzulegen und nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Forderungen des in Betracht kommenden Firmen (Guido Simon, John Bentz und Kläpper) anstandslos befriedigt worden seien. Als nur die Arbeitssiedlerdelegation einstimmig erfolgte, und die Hofsarbeiter sich uns anschlossen, auch kein einziger "Arbeitswilliger" vorhanden, die Konjunktur aber gut war, dauerte es gar nicht lange, so spielte das Telefon und wir wurden erlaubt, in Verhandlungen einzutreten. Bei welcher Bedeutung die Firma Guido Simon war, geht daraus hervor, daß der Direktor dieser Firma (die wohl die größte am Blaue sein dürfte) erklärte, daß schon etliche ihrer Auftraggeber sich an sie mit dem Entschluß gewandt hätten, sofort die Arbeiten auszuführen zu lassen, während sie sie anderweitig vergeben werden würden. Es fand hierauf eine Vorbesprechung im Gewerkschaftsbau statt und wurden alsdann um 6 Uhr Nachmittag im Beisein von drei streitenden Kollegen die Verhandlungen fortgesetzt. Das Resultat war, daß unter Aenderung einiger Positionen der Tarif angenommen wurde. Die Situation hätte wohl besser ausgenutzt werden können, da die Unternehmer nach ihren eigenen Neuerungen sich nicht mehr lange hätten halten können, sondern die Forderungen hätten anstandslos befriedigt müssen. Es mußte aber berücksichtigt werden, daß die meisten Kollegen erst in der letzten Zeit dem Verbände beigetreten waren. Der Streit hat also nur acht Tage gedauert. Die Kollegen haben eine Vorausbesserung von durchschnittlich M. 200 bis M. 300 im Jahre erreicht. Die Kollegen werden aus diesem Kampfe ersehen haben, daß an ihrer Stärke liegt, daß der Starckinn der Unternehmer liegt. Möge in der Zukunft dieses ein Ansporn für die Kollegen sein, täglich zu agieren und die Interessen des Verbandes so zu vertreten, daß auch der Industrieseite über die Prinzipien der Arbeiterbewegung aufgeklärt ist, und wir, wenn wir wieder in einen Kampf gezwungen werden sollten, dem Kapitalismus entgegenzutreten.

N.B. Zur besseren Verbreitung ihrer Berufsinnteressen wurde eine besondere Section der Gips- und Zementbranche gegründet.

**Mittwoch, den 21. August, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagessordnung erklärte die Versammlung in der üblichen Weise das Andenken des verstorbenen, Tod aus unseren Reihen gerissenen Kollegen Gustav Garbov, im Alter von 31 Jahren, Mitglied seit dem Jahre 1903, zur Erinnerung des Arbeitsnachwuchses gab Kollege Widera einen kurzen Rückblick auf seine Entwicklung. Die Verwaltung habe sich öfter damit beschäftigt und sich an einem auf diesem Gebiete sehr bewährten Rechtsanwalt in Berlin gemacht, leider aber noch nicht die gewünschte Antwort erhalten. Kollege Widera erfuhr, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen, der dahin geht, Verträge über den Nachweis zu sammeln, alsdann eine Sitzung mit dem Bunde zu beantragen, um die Beschwerden im Beisein eines Vertreters des Hauptvorstandes vorzutragen zu können. Nachdem noch einige Kollegen in dieser Angelegenheit geprägt hatten, ergriff Kollege Wöbelburg das Wort, und führte an der Hand von Beweisen den Kollegen vor Augen, daß der Arbeitsnachwuchs der Unternehmer erst dann Bedeutung erlangt, wenn die Kollegen ihn ernsthaft bekämpfen. Es würde direkt gehandelt sein, das herzuführen, was die Unternehmer wünschen. Aus diesem Grunde sei es angebracht, keine außerordentliche Stellung zu dem Arbeitsnachwuchs einzunehmen. Je weniger man ihn beachte, je mehr werde er an Bedeutung verlieren, daher könne er den Kollegen empfehlen, den Antrag der Verwaltung anzunehmen. Nachdem Kollege Wöbelburg noch auf die Breslauer Vereinigung von früher und jetzt hingewiesen und sich auch noch einige Kollegen zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, ohne einen anderen Antrag zu stellen, wurde der Antrag der Verwaltung einstimmig angenommen. Da hier in Breslau sich zum großen Gaudium der Unternehmer eine "Freie Vereinigung", Sitz Berlin, gebildet hat, die aber nur aus Mitgliedern des Centralverbandes besteht, sich auch noch einige Kollegen zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, ohne einen anderen Antrag zu stellen, wurde der Antrag der Verwaltung einstimmig angenommen. Da hier in Breslau sich zum großen Gaudium der Unternehmer eine "Freie Vereinigung", Sitz Berlin, gebildet hat, die aber nur aus Mitgliedern des Centralverbandes besteht, sich auch noch einige Kollegen zu dieser Angelegenheit geäußert hatten, ohne einen anderen Antrag zu stellen, wurde der Antrag der Verwaltung einstimmig angenommen. Es sind also ausgeschlossen die Maurer: Paul Hässer, Oskar Feind, Robert Mond, Stanislaus Winkler, August Junius, Gustav Litz, Heinrich Schidler, Robert Otto, Heinrich Erdmann und Valentin Barth. Nachdem noch bekannt gegeben, daß der Streit der in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Kollegen zu Gunsten der Kollegen nach achtjähriger Dauer zum Abschluß gekommen ist, wurde die gut befürchtete Versammlung unter dem üblichen Hoch auf den Centralverband geschlossen.**

**Crefeld.** Es tut mir leid, nochmals den Raum unseres Blattes in Anspruch nehmen zu müssen, um große Unwahrheiten eines "Christen" von Crefeld in der Nr. 85 der "Bauernzeitung" zu berichtigten. Der Mensch verfügt, Widersprüche in seinem Verhalten zur Aufforderung zu entbeden. Jeder Teilnehmer der betreffenden Versammlung, der etwas auf Wahrheit hält, weiß, daß meine Neuerungen waren: "Von unserer Leitung ist es eine Befreiung, daß wir die Arbeit gegeben werden! Gewiß hatten im Frühjahr einzelne Kollegen Aufforderung angenommen, doch sie haben dies — was gewiß bedauerlich ist — wieder mit noch ohne Zustimmung des Zweigvereinsvorstandes getan." Das sollte den "Christen" gepaßt haben, wenn von unserer Seite die übrigen Kollegen herausgeholt worden wären. Den Aufforderten ist gefaßt worden, wenn die Arbeit fertig ist, gibt es kein Auffordern mehr. Der Wachtmastersöder in der "Baugewerkschaft" soll mit die Namen derjenigen nennen, die seine Krone zeigen in diesem Haufe waren. Eine Insammlung ist es, wenn der Artelschreiber in der "Baugewerkschaft" behauptet: "Vogt arbeitet selbst bei einem Bilderdantien (Genosse heißt es, ist aber gelogen); wo die Bilderdantien abgerissen werden müßte Warum? Das wissen die Götter." Der Artelschreiber Vogt weiß, daß durch die Schul des Architekten die Front circa 22 cm über die Straßenflucht hinausragte, da konnte doch die Arbeiter seine Schul treffen. Unwahr ist, daß die meisten Kollegen bei Bilderdantien arbeiten. Das sagte zum Radi ließ, um drei Kollegen die Meinheit seiner Person zu beweisen, zeigte von seinen ehemaligen Kampfgefährten. Nur immer weiter so. Zu Irrtum ist Vogt, wenn er meint, wir wollten seine Agitation erschweren und ihn herabwürdigen. Das letztere überlassen wir ihm selber, und seine Agitation gereicht uns nur zum Heil. Die Crefelder Maurer kennen ihre Appenheimer. Vogt heißt durch sein Verhalten gegen sich selbst, also brauchen wir es nicht. (Siehe Streit 1905.) Ich kann doch nicht dafür, wenn's die Kollegen bei ihm leid sind. Die Arbeit des Büchereigehörs — die sich in letzter Zeit noch gehäuft hat — ist in schon im Allgemeininteresse. Mag Vogt nur fleißig nach seinem Gedeme weiter agitieren.

\* Vogt.

**Krefeld.** In der Durchführung unseres im Mai erläuterten Tarifs werden uns manchmal Schwierigkeiten bereitstehen. So hatten wir mit dem Unternehmer Steiner resp. mit seinem Polier Wantzsch schon mancherlei Konflikte auszufechten. Diesem Polier, einem treuen Dienst

seines Herrn, liegt der Tarif schwer im Magen, weil er seinem Willkürregiment einige Schranken setzt. Als fürstlich bei einer Arbeit die Zeit reicht dänge, wollte er nach Feierabend arbeiten lassen, aber dafür nicht den tarifmäßigen Aufschlag zum Stundenlohn zahlen. Selbstredend hatte er damit kein Glück; außer einem Mörkelmacher und einem Geellen, dem jede Selbstständigkeit abgeht, arbeitete keiner. Darob war er sehr erbost und schwor uns Nacho. Als nun neben der Astero ein Neubau angefangen wurde, glaubte er, die Zeit dazu sei gekommen. Er vertrugte, daß statt wie sonst 25, nur 20 Minuten Brotdzeit gehalten werden sollte. Um diese Verjährung summerte sich inodes auch wieder so gut wie niemand. Nur einige Indifferente und der Fahnenträger des katholischen Kästnos taten ihm den Willen. Als darauf nach beendeter Baustelle die Kollegen aus der Kantinen zurückkamen, war auch schon der Unternehmer, der Baumeister, Strinter, ausgegeben, der gleich auf den Kollegen Bauer losfuhr und ihn „Kracheler“, „Unzufriedener“ usw. titulierte. Er sagte ihm, er könne zu jeder Zeit gehen. Das war sibel, als er sei entlassen. Hier hatte aber der Herr Baumeister die Rechnung ohne die übrigen Gesellen gemacht, die sich nun mit ihrem Kollegen solidarisch erklärten. Das reichte aus, um den Unternehmer zum Einlenken zu veranlassen. Der Angriff auf unsere tariflichen festgelegten Rechte war also abgeschlagen. Dies Beispiel zeigt also den Kollegen, daß wir von den Unternehmern nichts Gutes zu erwarten haben. Datum heißt es für uns, einig sein und die Augen offen halten.

**Hagen i. W.** Bei Abschluß des Tarifes für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, im vorigen Jahre mußten selbst die Oberschmiede des Arbeitgeberbundes annehmen, daß gerade die Hagenener Unternehmer sich am hartnäckigsten weigerten, eine Lohnausbeutung einzutreten zu lassen; für eine Verkürzung der Arbeitszeit waren sie zuerst gar nicht zu haben. Nur dem Umstand, daß die Unternehmer durch die Gesamtaussperrung im Industriegebiete in einer Zwietracht geraten waren, ist es zu danken, daß die Hagenener Unternehmer einige Konzessionen machten. Dabei blieben die Lohnverhältnisse im ganzen Hagener Bezirk weit hinter den anderen ähnlich großen Orten des Industriegebietes zurück. Statt, daß die Unternehmer jetzt möglichst schnell darauf dringen würden, daß die zehn stündige Arbeitszeit eingeführt und der Stundenlohn der Bauarbeiter in Hagen und Umgegend in gleicher Höhe wie in Egen, Dortmund, Bodum usw. gebracht wird, verfügen sie es jetzt, gerade das Gegenteil herbeizuführen, indem sie die Arbeitszeit wieder auf elf Stunden verlängern wollen. Das Einigungssamt hatte vor einigen Wochen auf Unregung verschiedener Schlichtungskommissionen beschlossen, daß in den Orten, wo über ein Drittel von den bei organisierten Unternehmern beschäftigten Arbeitern organisiert sind, sich die unorganisierten den tariflichen Abmachungen anzupassen haben. Auf diesen ganz vernünftigen Beschluß hinweisend, beantragten wir beim Obmann der Schlichtungskommission der Unternehmer, er möchte in den Unternehmerversammlungen darauf dringen, daß dieser Beschluß auch durchgeführt würde. Das Gegenteil trat ein: die Unternehmer protestierten in ihren Versammlungen gegen den Beschluß des Einigungssamtes und bestritten, dem Einigungssamte jede Kompetenz, darüber Beschlüsse zu fassen. Das Einigungssamt wird sich in nächster Zeit noch einmal mit dieser Materie befassen und den Hagenener Unternehmern klar machen müssen, daß sie eine Instanz, die sie selbst mit schaffen, um respektiver zu haben, wenn sie überhaupt Frieden im Baugewerbe haben wollen. Die in Betracht kommenden Organisationen, einschließlich der Christlichen, haben sich in einer fürtzlich abgesetzten öffentlichen Protestversammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigt und einstimmig gegen das Vorgehen der hiesigen Unternehmer protestiert. Folgende Resolution wurde beschlossen mit dem Hinweis, sie dem Einigungssamte zu unterbreiten: „Die am 25. August 1906 im „Kaisersaal“ tagende Protestversammlung, die von den im Arbeitsvertrag für das rheinisch-westfälische Industriegebiet interessierten Arbeitgeberverbänden einberufen ist, nimmt Kenntnis von der Absicht der Hagenener Unternehmer, die Arbeitszeit wieder zu verlängern. Die Versammlung stellt sich auf den Beschluß des Einigungssamtes und protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen der Unternehmer, den Beschluß des Einigungssamtes zu hintergehen. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen ihr geistlich zu Gebote stehenden Mitteln jeder Abweisung vom Tarifvertrag entgegenzutreten und weiter auch darauf zu achten, daß der Tarifvertrag vollständig innengehalten wird.“ Erwähnen wollen wir noch, daß der Arbeitgeberbund durch Listen Umfrage hält; wer von den Bauarbeiten organisiert ist und wo; vor in diesem bezug, im nächsten Jahre elf Stunden arbeiten will. Am nächsten Jahre am 16. März tritt bekanntlich die zehnständige Arbeitszeit in Kraft. Daß die Unternehmer die unorganisierten fragen, ob sie im nächsten Jahre elf Stunden arbeiten wollen, könnte man noch begreiflich finden, da sie ja darauf bedacht sind, ihren Lieblingen neben der Peitsche auch etwas Brot zu zuwenden. Daß sie aber den Mut haben, die organisierten Arbeitern ebenfalls zu fragen, ob sie auch in Zukunft ihre Lebensbedingungen verschlechtern wollen, zeugt von einer haarsträubenden Rückständigkeit. Sie können die Peitzen noch gar nicht vergetzen, wo sie als „Herrn im Hause“ die Lohnhöhe und die Arbeitszeit selbst festlegten. Da ihr Herren, diese Peitzen sind unüberprüflich vorbei. Der Centralverband der Maurer hat im ganzen Bezirk annähernd 1100 Mitglieder; die „Christlichen“ wollen 200 haben, d. h. mit Zimmerern und Bauhülfsarbeitern zusammen. Der Centralverband der Bauhülfsarbeiter hat 389 Mitglieder, der Zimmererverband über 100, macht zusammen 1750 organisierte Bauarbeiter. Im Höchstfalle können aber nur für alle Berufe 2000 Arbeiter in Frage kommen. Wir eruchen unsere Mitglieder, streng darauf zu achten, daß der Tarif genau eingehalten wird. Jede Abweichung ist auf dem Bureau zu melden. In der öffentlichen Versammlung wurde festgestellt, daß bei folgenden Unternehmern die festgelegte Arbeitszeit nicht genau eingehalten wird: Rost, Kramer, Scheene, Blatte, Neubeling, Jakobi und Witua in Hagen, Buschmann und Kleemann in Bönen, Müller & Co. in Hohenlimburg. Widert in Haspe, Stützert in Herdecke.

**Nierschütz.** Der hiesige Zweigverein hielt am 1. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Im

ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Kollege Hempel aus Düsseldorf einen Vortrag über „Organisation“. Für seine trefflichen Ausführungen wurde dem Redner reicher Beifall. Gadam referierte der Arbeitsschreter, Genosse Gogovost, über den Anfang unseres Zweigvereins an den Zweigverein Lüdenscheid, um dadurch in die Lage zu kommen, einen eigenen Beamten anstellen zu können, der die Agitation besser betreibt, die hier noch groß not tut. So dann wurden beide Vorträge zur Diskussion gestellt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vortrag des Kollegen Hempel einverstanden. Über den Vortrag des Genossen Gogovost entpaßte sich eine sehr lebhafte Debatte. Ein Kollege führte aus, er könne nur dann dem Zusammenschluß zu stimmen, wenn der Beamte seinen Sitz in Herdecke bekomme. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, sich mit der Zweigvereinsverwaltung in Lüdenscheid und dem Betriebsrat in Hamburg wegen dieser Sache in Verbindung zu setzen. Im Punkt „Verchiedenes“ machte der Vorstehende bekannt, daß von dem Hauptvorstand eine Broschüre herausgegeben wird. Es wurde beschlossen, daß jeder Kollege verpflichtet ist, ein Exemplar zu begießen. Gadam wurde die Kollegen aufgefordert, das Stiftungsamt, das der Zweigverein am 16. September feiert, zu besuchen. Nach Erledigung einiger interner Sachen wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

**Lüchow.** Da hier bereits seit Mai d. J. die Altordarbeit laut Versammlungsbesluß verboten war, eine hiesige Firma (Gürtels & Webersdorf) aber nicht umhin konnte, ihre Arbeiten doch im Altord auszuführen, zu lassen, waren wir in letzter Zeit in Konflikt geraten. Genannte Firma war nun gewillt, mit uns einen Tarif abzuschließen unter der Voraussetzung, daß die Altordarbeit wieder eine geführte wäre. Aus diesem Anlaß trat nun am 26. August eine Mitgliederversammlung, zu der unser Gauleiter, Kollege Kober, erschienen war. Kollege Kober suchte in eingehender Weise den Kollegen Marzulegen, welche Taktik bei der Aufführung von Tarifen befolgt werden müßt. Auch belehrte er das Altordsystem und suchte in belebender Weise Auflösung zu schaffen. Es wurde einstimmig beschlossen, im Lohnbeispiel Bülow keine Altordarbeit auszuführen. Es muß daher Pflicht eines jeden Kollegen sein, dies zu beachten. Als Hauptforderung wurde der Gehaltstag eingefordert. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorstehende die Versammlung. Zu tadeln ist das Verhalten einiger Kollegen, die die Lauf auf dem Vorstand abzuwalzen suchen, die gerne erraten, aber nicht sagen mögen. Hoffentlich kommen auch diese Kollegen zur Einsicht, daß ihnen vom Unternehmertum noch lange kein sorgenfreies Leben beschert wird.

**Stendal.** Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 2. September, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur sehr schwach besucht war. Dieses wurde vom Vorstehenden scharf gerügt. Es wurde beschlossen, Sonntag, den 9. September, eine Agitation in Bismarck und Umgegend vorzunehmen. Der Vorstehende forderte die Kollegen auf, sich dem Wahlverein anzuschließen.

**Wolfsburg.** Am 17. August tagte hier im „Schülenhaus“ eine gut besuchte Maurerversammlung, die sich wiederum mit der Lohnforderung beschäftigte. Der Vorstehende Rabst referierte über: „Zwei und Ältere der Organisation“, und schriebte das prächtige Verhalten der Unternehmer. Er forderte die Kollegen zur regen Agitation für die Organisation auf, damit wir endlich einmal die zehnständige Arbeitszeit und 85 % Lohn erreichen könnten. Nach langerer Diskussion wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die sich mit den Unternehmern in Verbindung setzen soll. Am 19. August kam nun die Kommission mit den Unternehmern zusammen. Diese gebrauchten, wie gewöhnlich, die alten Ausreden. Wenn der Arbeiter einen Pfennig Zulage haben will, da brennt es an allen Enden. Der eine sagt, wenn es mein Kollege ist, dann gebe ich es auch. Der andere muß bankrott machen; ein anderer beschwirbt beim Erscheinen der Kommission in sein Kämmerlein, und so geht es weiter. Dieses Benehmen regte die Gemüter der Kollegen nun doch etwas auf, und am 25. August legten infolge Maßregelung 21 Maurer bei dem schon vom vorigen Lohnkampfe berüchtigten Unternehmer Louis Junke die Arbeit nieder. Es dauerte aber nicht lange, denn am letzten Tage verhinderte er sich schon mit der Kreisförmigung und verprang ihr, in der am 31. August stattfindenden Maurerversammlung zu erscheinen. Er war auch erschien, und nach längeren, heimanderseufzungen zwischen dem Gauleiter Schent und dem Unternehmer Junke bedauerte es lechter, daß er es habe zum Bruch kommen lassen, und bewilligte die zehnständige Arbeitszeit und 85 % Lohn. Er verprang auch den Kollegen, darauf zu sehen, daß er in Zukunft ein Lohnvertrag zu stande kommt.

**Werdan i. S.** Sonnabend, den 1. September, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung. Sie befaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen, die am Orte. Der Vorstehende gebaute in kurzen und kräftigen Worten der Erwartungen in den Nachbarstädten, die nur durch die Energie und das feste Zusammenhalten der Kollegen erzielt wurden. Auf das Drängen des größten Teils der Kollegen, eine Lohnförderung zu stellen, sei heute die Versammlung einverstanden worden. Da aber laut Statut nur die Mehrheit der Mitglieder, die heute aber nicht anwesend sei, einen dahingehenden Beschluß fassen kann, so mußte hierfür für heute Abstand genommen werden. Die Werdauer Maurer seien jetzt die rücksichtsloseste im Bezirk, weil sie am längsten arbeiten müssen und auch schlechter bezahlt würden als in den Nachbarstädten. Es müsse jeder zu der Überzeugung kommen, daß er durch seine Trägheit und Feigheit mit Schuld ist, daß so schlechte Löhne bezahlt werden. Nach den Ausführungen des Vorstehenden meldeten sich einige Kollegen zum Wort, die trotz aller Mühe für die Aufführung von Lohnforderungen eintrafen. Hierauf ergriff Kollege Koch-Leipzig, als Vertreter der Gauleitung, das Wort. Er unterzog gleichfalls die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen einer scharfen Kritik und führte aus, daß der zehnständige Arbeitstag die erste Forderung bei jeder Lohnbewegung sein müsse; denn ohne diese Forderung würde keine Genehmigung vom Gewerkschaftsstand zum Eintritt in eine Lohnbewegung gegeben werden. Die Unternehmer bemühten eher ein paar Pfennige Lohn als eine Verkürzung der Arbeitszeit. An verschiedenen Orten haben

die Kollegen 14 Wochen und darüber gestreikt, bloß um eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen. Für jeden verhüllten und dentenden Menschen in Werdau sei das Verlangen nach Verkürzung der Löhne, und Arbeitsbedingungen begrüßlich. Dagegen müsse heute von der Formulierung der Forderungen Abstand genommen werden, dafür aber im nächsten Frühjahr geschlossen vorgegangen werden. Man sei schon zu weit an die kurzen Tage herangekommen; in folgedessen würde nicht viel zu erzielen sein. Es entspaßt sich über die Ausführungen doch eine sehr lebhafte Debatte. Verschiedene Kollegen waren nicht damit einverstanden, die Lohnbewegung auf nächstes Frühjahr zu verschieben, da sie keine Lust hätten, sich von dem Unternehmertum noch länger auf diese Art auszutzen zu lassen. Kollege Koch erwiderte, daß er den Unwillen der Kollegen wohl begreife, aber es lasse sich jetzt nichts mehr machen. Daran, daß sich die Werderauer Maurer noch bis nächstes Frühjahr gedulden müssen, trugen die interessierten und tragen Kollegen die Schuld. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute, am 1. September, tagende Maurerversammlung erkennt in Werdau und Umgegend bestehende Löhne als ungünstig an und hält die Verkürzung der Arbeitszeit für dringend notwendig. Zu Erwägung, daß jeder von den Arbeitern gestellten Forderung von den Unternehmern der größte Widerstand entgegengesetzt wird, verpflichten sich die Anwesenden, für den Ausbau der Organisation zu sorgen. In Erwägung, daß die Fähigkeit sehr weit vorgeschritten ist, verzichtet die Versammlung jetzt auf Stellung einer Forderung. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Maurerverband schloß der Vorstehende die Versammlung. Kollegen erscheint pünktlicher in den Versammlungen, befürchtet sie besser als es bis jetzt der Fall war. Zahl Euß von den Meistern nicht beeinflussen, daß sie im Frühjahr 39 % Stundenlohn bezahlen wollen, wie Baumeister Möbius seinen Leuten gesagt hat. Jahrzehnte haben sie Gut ausgelebt, und jetzt, wo der Arbeiter sich zu regen beginnt, fängt es ihnen an zu gruseln, und sie machen Verprechungen. Also hinein in die Versammlungen, Kollegen! Helft mir beraten und arbeiten, dann können wir auch unsere Lage verbessern.“

**Wiesbaden.** Am 5. August tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: „Der Sozialzuschlagsbeitrag und seine Einwirkung auf Lohnbewegungen.“ Hierzu erzielte der Vorstehende dem Referenten, Kollegen Hüttmann aus Frankfurt, das Wort. Daß der Referent in seinem einstündigen Vortrag den Kollegen aus dem Hessen geschrockt habe, bewies der stürmische Beifall, der dem Redner geschenkt wurde. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme des Zuschlagsbeitrags von 10 %. so daß die Zahlung Wiesbaden vom 1. März 1907 ab 80 % Wochenbeitrag zahlt. Zum zweiten Punkt: „Einführung der Kolportagewarten für drei Wintermonate“ begründete der Vorstehende die Notwendigkeit dieser Einführung. Nach langerer Debatte in der alle Redner dafür sprachen, beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit, während der drei Wintermonate eine Kolportagewarte von 16 % pro Monat zu zahlen. In „Schriftliches“ teilten mehrere Kollegen mit, daß etwa 30 Kollegen die Arbeit bei dem Unternehmer Karl Denz niedergelegt hätten. Die Ursache war die Entlassung des Vertrauensmannes der Maurer wegen Agitation unter mehreren dort beschäftigten Bauhülfsarbeitern.

### Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

#### III.

##### Gut Altordfrage im Bau Stettin.

Sobald ein Zweigverein Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewonnen hat, steht auch die Altordfrage auf der Tagesordnung. Eine Teilung der Arbeit ist wegen der vorwiegend ländlichen Verhältnisse unseres Staates nur in ihren Anfängen vorhanden. Die Stellung der Kollegen zur Altordarbeit ist zumeist ein Strauß gegen die Einführung eines Systems, das im Bau keine Existenzberechtigung hat.

Am Anfang des Monats Mai d. J. arbeiteten in den 82 Wohnbezirken 6155 Kollegen, davon in Beithorn 5890, im Altord 266. Von den Altordarbeitern waren 258 mit Zug und 7 mit Mutterarbeit beschäftigt. Die größte Zahl davon stellt Stettin mit 100 Altordarbeitern. Bei gutem Sonnenschein waren es 300; das Verhältnis, etwa ein Viertel der Beschäftigten, ist somit daselbst geblieben.

Kurz vor dem Schluss der Bauaison lassen sich in den Bezirken immer einige Kollegen durch die Slagen des Unternehmer zur Altordarbeit bewegen. Vielfach trifft man leider den sogenannten heimlichen Altord, der in der Regel erst beim Streit um den Nachschuß zur Kenntnis der anderen Kollegen kommt. Reden wir die Zahl dieser „heimlichen“ Altordarbeiter auf rund 200, so sind die Altordantanten mit rund 500 auf etwa ein Zwölftel aller Beschäftigten beschränkt.

Die Nebenarbeiten, wie das Böhlen und die Herstellung leichter Scheerhaken, wird in Stettin nur noch selten im Altord ausgeführt. Die Spezialarbeiter, Bleifräser, Bleibügler, Montierarbeiter und Dokumentenstruktoren arbeiten zumeist in Altord. Bei größeren Arbeiten bringen auswärtige Firmen dieses System mit. Kleinere Arbeiten führen unsere Anfänger aus. Meist haben sie in all den Böhlen mit einer gewissen Fertigkeit erlangt. Sie müssen sich freilich mit einem nur geringen Lohnaufschlag abfinden, wenn überhaupt ein solcher gegeben wird. Tiefrohrarbeiten führen Statiner, und zwar meist in Altord aus. Schornsteinbauen lassen in der Regel säkundäre Firmen in Altord ausführen. In letzter Zeit befähigt sich auch ein Stettiner Unternehmer mit diesen Arbeiten. Diese Gruppen noch hinzugerechnet, werden alles in allem etwa 600 im Altord beschäftigt sein, gleich ein Zehntel aller Beschäftigten.

Der Preis schwankt beim Innenputz zwischen 18 bis 32 % pro Quadratmeter. Beim Außenputz bewegt er sich zwischen 50 % bis 62 %. Komplizierte Arbeiten werden etwas höher bezahlt. In Stettin hält man immer noch ein Quadratmeter als Maßeinheit fest. Als Abhöchlagslohn werden in Stettin 13 bis 18 % pro Stunde mehr ausgezahlt als der sonst übliche Lohn beträgt. Sonst wird der im Orte geleistete Stundenlohn wöchentlich nach oben abgerunden. Der Meistlohn wird meistens sofort nach der Fertigstellung der Arbeit ausgezahlt. Unter den Unternehmern gibt es

Rechungen, die hierbei die schwierigsten Sachen fertig bringen; leider auch unter unseren Kollegen.

Ein Zwischenmeistersystem kennt man nicht. In einigen Städten Pommerns und in einer in Hinterpommern ist ein Teil der Poliere mit festem Gehalt bei schwächerer Ausbildung angestellt. Sie erhalten außerdem für jedes Laufend verarbeiteter Steine eine "Prämie". Sonst nimmt ein Geselle die Arbeit an. Der verdiente Lohn geht in gleiche Teile. Hin und wieder bezahlt man dem "ersten Mann" seine Verzäumnis für die Ablnahme der Arbeit und das Aufstellen.

Die Sicherungsbeiträge deckt der Unternehmer, so weit er hierzu verpflichtet ist. Gewöhnlich müssen Mitglieder freier Gültigkeiten ihre Beiträge allein beahnen; auch bei den Invalidenbeiträgen nimmt man es nicht so genau. In 38 Lohnbezügen mit 45 Zweigvereinen ist für 2620 Kollegen jede Abordnungsbeiträge verboten. Seit 1897 ist in Stettin allmählich für Alfordpuren die Arbeitszeit um eine halbe bis eine Stunde verkürzt. Um soviel wird täglich weniger gearbeitet als im Tagelohn. Nach Umfang und Art hat die Abordnungsarbeit im Bau nie einen großen Einfluss gehabt. Dennoch zeigen sich Spuren von Schädigungen. Als Korruption muß es bezeichnet werden, daß viele Kollegen in ihrem Heimatorte gegen die Abordnungsarbeit wettern und stimmen, aber in ihrem Arbeitsort in Alford arbeiten. Bei den Abstimmungen wird häufig gar nicht beachtet, ob Zeit und Umstände ein allgemeines Verbot der Abordnungsarbeit zulassen. Die Behörden zeigen sich mit Recht von der Abordnungsarbeit als Rohrsystem nicht erbaut. In den Bauverträgen der Stadt Stettin mit den Unternehmern wird die Herstellung der Arbeiten in Alford direkt verboten. Aber gemacht wird es doch; Unternehmer wie Gesellen führen der Ausleitung die Schwarze voll. Später kommt es dann wegen Nachbesserungen oder Umänderungen der Arbeiten oftmals zum Krach. Die Unternehmer sind selbstverständlich Befürworter der Abordnungsarbeit. Nach der Begründung der Unternehmer ist die Arbeitsleistung der Maurer jüngst gegangen, da ein Auftragsdruck nur durch Alford möglich ist. Vorwiegend sind es heute junge Kollegen, die seit der Mitte der neunziger Jahre ihre Lebzeit beenden, die nach Alford drängen.

Harte Kämpfe um die Arbeitsbedingungen haben die meisten von ihnen nicht kennen gelernt. Eingenommen von ihren Fähigkeiten, empfinden sie es angenehm, in der Sonne der Unternehmenskunst ein Mehr zu erzielen. In den Landbezügen verbreiten die Verhältnisse den Alford, und so wird Stettin damit beglückt. Das erläutert sich sehr leicht: Durch die Arbeit der Organisation ist in den Landbezügen fast überall der Lohn gestiegen. Der Unterschied zwischen den Löhnen in der Stadt und auf dem Lande verringert sich. Nun finden aber nicht alle Landbezüge in ihrer Heimat Arbeit, sondern sind gezwungen, nach Stettin und anderen Städten des Landes zu gehen. Dabei haben sie das natürliche Versteck, ihren Familien ebenso viel Geld zu schicken, wie sie hätten, wenn sie in der Heimat arbeiteten. Da sie, die im Tagelohn nicht verdienen können, so drängen sie sich zum Alford.

Unsere Unternehmer bemühen dies in geschickter Weise. Drängt einmal die Arbeit sehr, so daß sie dem nachgebend, für alle Gesellen einen höheren Lohn zahlen müssten, so holen sie Alfordkolonien, meist Pusse, heran. Bei denen sehen sie dann weder auf Mark noch auf Preußisch.

Ein gänzliches Verbot der Abordnungsarbeit wäre im Bau sowohl in den einzelnen Verfassungen wie durch eine Urabstimmung mit Leichtigkeit herbeizuführen. Aber aus den rücksichtslosen Anhängern der Abordnungsarbeit würde in demselben Augenblick den Unternehmern eine Schutzeinheit entziehen, wie sie sich nicht besser wünschen könnten. Dies muß vermieden werden. In den Orten freilich, wo es in Alford nicht im Alford gearbeitet worden ist, ist ein Verbot geradezu Pflicht der Kollegen. Voraussetzung müßte hier jedoch sein, daß die Abstimmenden auch nicht in anderen Bezirken im Alford arbeiten dürfen. In Orten, wo es in Alford tatsächlich ein großer Bruchteil der Kollegen im Alford arbeitet, müßte der Beschluß herbeigeführt werden, daß im Alford täglich eine Stunde weniger als im Tagelohn gearbeitet werden muß. Alle Alfordverträge wären der Leitung des Vereins vorzulegen. Neutralität darf nur auf Grund genehmigter Verträge gewährt werden. Wicht nadträglich ist dem genehmigten Vertrag ein Unterbeitrag abgeschlossen, so ist der "erste Mann" — wenn es sein muß — gerichtet — zu zwingen, seinen Kollegen den Lohn nach dem genehmigten Vertrag zu zahlen. Bei Zwischenmeistern ist jede Arbeit zu verbieten. Hand in Hand hiermit müssen wir über die Bezahlung besonders befähigter Kollegen etwas freier denken. Nur zu oft begegnet man einer Anschauung, die sehr nach "Kantinengleichheit" aussieht. Gewiß, bei unserer Arbeit ist es recht und billig, wenn für ein und dieselbe Art der Arbeit auch der gleiche Lohn gegeben wird, unabhängig vom Quantum des eingetragenen. Über Arbeiten, die mehr Geschicklichkeit erfordern, kann unbeschadet des Gesamtwerts sehr gut auch in den Tarifverträgen ein höherer Lohn festgesetzt werden. Wo die Teilung der Arbeit besteht, handeln heute schon die einzelnen Gruppen und Sektionen nach jenem Grundsatz. In den Landbezügen liege sich zunächst für größere Tuggerarbeiten ein Mehr fordern. Im geheimen werden heute schon einzelnen Kollegen Extraabgütungen in die Hand gebracht. Diese Vorschläge sind eine bedeute Anerkennung des Alfordsystems und des Klosternlohns. Freilich in anderem Sinne, als es die Unternehmer wünschen. Die Unternehmer fassen die Vertragslöhne oder die sonst festgesetzten Löhne als höchsthöhe auf. Wie müssen sie daran gewöhnen, daß es Mindestsätze sind. Sobald müssen auch die Kollegen an Einsicht gewonnen haben, daß nicht die Gleichheit nach oben, sondern nach unten in der Lohnfrage das Erstrebenswerte ist. Vernünftig denkende Kollegen werden nie zum Schinder ihrer Mitarbeiter. Wir würden damit dem guten Element unter unserem Alfordarbeitern den Rücken föhlen; ohnehin sind es nicht die Schlechtesten, die Rücksichtlosen würden mehr einspielen. An die Stelle des heute herrschenden Doppelsystems liege sich ein vernünftig geleitetes Beitzlohnssystem sehen. Ob es nun Alford oder Beitzlohnssystem ist: sollt die vernünftige Einsicht, dann kann jedes System zur Basis der unter ihm Arbeitenden werden.

Wils. Schaepe.

## Bentzalkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 2. bis 8. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg 46.750, Bremen 600, Brandenburg 400, Münsterland 300, Süderhessen 300, Frankfurt a. d. Oder 250, Erfurt 200, Großheringen 200, Bützow 200, Düsseldorf 100, Stade 100, Hagen 100, Geesthacht 100, Saarbrücken 100, Nassenheide 100, Bremen 70, Summe 3.8770.

Zuschuß erhält: Bützow 150.

Altona, den 8. September 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

Ansätze, Arbeiterschuh, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ermahnt, aber alle in ihrem Bezirk bekannt werden lassen, um für die Abordnungsarbeit weiterzuhören, ebenso über die aus unselbstverständlichen Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschuhverhandlungen und über Submissionsergebnisse.)

Essen a. d. R. Samstag, den 8. September, stürzte der Kollege Richard Kobal am Neubau der Firma Daniel & Wienhusen über die Giebelmauer und erlitt schwere Verletzungen. Er mußte nach seiner Wohnung geschafft werden. — Im selben Tage stürzte der Maurer Lichtenberg durch Fahrlässigkeit von einer Leiter in die Tiefe; er erlitt ebenfalls schwere Verletzungen, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Bau wird von der Firma Wienhusen in Essen-West ausgeführt.

Kiel Am Mittwoch, den 6. September, Nachmittags, stürzte der auf dem Gründstück der Moschinen- und Schiffbau-Firma Sud. Prey, Seestraße 26, fast bis zum Dach aufgeführte Betondom plötzlich ein und begrub sieben Bauhandwerker und Arbeiter unter den Trümmern. Glücklicherweise ist es gelungen, drei der Verschütteten lebend aus den Trümmern hervorzuholen, dagegen haben zwei am Bau beschäftigte Personen den Tod gefunden. Das mit Eisenlangen und Drahtgewebe durchzogene Betonwerk lag wie ein Netz über dem ganzen Platz und erschwert den Feuerwehrleuten und den vielen Personen, die sich an dem Rettungswerk beteiligten, die Arbeit ungemein. Mit Hämern, Sägen, Spaten und Schaufeln mußte vorgegangen werden. Stellenweise drangen die Retter tatsächlich nur zollweise vor und stießen dann wieder auf neue Schwierigkeiten. Angepeitscht wurden die vielen helfenden Hände durch die Hülferei der Verschütteten. Zuerst wurden zwei Arbeiter schwerer verletzt, von denen einer leicht, der andere am Kopf schwerer verletzt war; beide konnten aber ohne fremde Hilfe den Heimweg antreten. Gegen 6 Uhr wurde der 17jährige Arbeiter Kirchhoff gefunden. Er lebte gleichfalls. Doch er war aus dem Bett nicht befreit werden konnte, bergingen anderthalb Stunden. Die Beine des Unglücksdienst wurden durch Stangen und Beton festgehalten. Die Massen waren freilich schnell mit Händen und Schaufeln fortgeräumt. Die Stangen waren aber nicht zu bezeugen. Mit Hämern und Sägen versuchte man es, vergebens. Schließlich wurden Damätsche herbeigeschafft und kurz vor 8 Uhr glücklich das Rettungswerk Kirchhoff war während der ganzen marterhaften Zeit bei voller Bewußtsein. Auf ärztlichen Anraten waren ihm Medikamente gereicht worden. Die Beine waren schwer gequält. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Kirchhoff in die Heilanstalten gefahren. Unmittelbar neben Kirchhoff wurde die Leiche des zweitundzwanzigjährigen Eignermann geboren. Ein schwerer Betonsteiler hatte den jungen Mann erdrückt. Weiter liefen nach dem Güterbahnhof zu, wurde die Leiche des bei Erfurt beheimateten Maurers Gangloff, ein kaum zwanzigjähriger Mensch, unter Steintrümmern herbeigeholt. Kurz vor 8 Uhr entfand das 1. Gebatalion, unter Führung des Oberleutnants Grafen b. Sparr 100 Soldaten im Arbeitssang zu Angrap. Von der städtischen Polizei war eine große Anzahl von schweren Schmiedezangen beschafft worden, die dringend nötig waren, um die Eisenlangen und Drahtgewebe zu durchschneiden. Die Feuerwehr hatte alle verfügbaren Geräte, Sägen, Handschaufeln etc. auch eiserner Rästen, die erforderlich waren, das loß Wörtelwerk zu zerstören, herbeigeschafft. Bis zur späten Überblutung waren Feuerwehrleute und Seeolden bei fachelichen und elektrischem Licht bei den Aufräumungsarbeiten und der Suche nach dem noch fehlenden Polier Borrie, ein aus Schlesien stammender verarbeiteter Mann. Von höheren technischen Beamten unter Führung von Meister Jahnke wurde noch Abends eine Untersuchung eingeleitet. Wie gemeldet wird, dürften die Ursachen des Unfalls in der Verhölligkeit der Betonmassen und Konstruktionen zu suchen sein. Die verantwortliche Baufirma ist die Hannoversche Gemeinschafts-Aktien-Gesellschaft, Vertreter Peter-Kiel. Der Einsturz erfolgte in dem Augenblick, als die Verstärkung im Erdgeschoss des hinteren Baues entfernt wurde. Da die Außenmauer noch fehlte, drängte das ganze Gebäude mit seiner Schwere nach hinten und bildete in wenigen Augenblicken einen Haufen von Schutt. Wäre die Einsturz in entgegengesetzter Richtung, also nach der Kärrstraße hin, erfolgt, so wäre die ganze aus 10 Personen bestehende Arbeiterschaft im Bau geblieben. Der junge Maurer Ratjens hätte Wasser geholt und stand am Eingang. Er wie auch der Fabrikant Prey retteten sich durch schnelle Beifeitespringen.

Von den Verletzten ist Kirchhoff nachts im Krankenhaus verstorben. Um 11 Uhr Abends endlich wurde der Leiche der Verschütteten gefunden, der Polier Borrie, gleichfalls nur als Leiche. Die Unglücksstelle bildet ein tristes Chaos. Sie ist jetzt zur Vornahme der gerichtlichen Untersuchung polizeilich gesperrt. Ancheinend ist der Einsturz, wenn nicht Konstruktionsfehler, vorgelegen, haben, auf mangelhafte Zusammensetzung des Betons zurückzuführen.

Sabdenhausen. Auf dem Neubau der Seifenfabrik fiel dem Kollegen Boed am 25. August ein Ziegelstein auf den Kopf. B. erlitt schwere Verletzungen. Den Unfall verursachte ein Klempnermeister, der aufällig auf dem Bau zu tun hatte. Dieser sprang von einer Wand hin-

unter auf das Gerüst; dies war wohl nicht richtig dicht, so daß durch die Erschütterung das Herafallen des Steines verursacht wurde.

Tettnang. Wie unfreie Verhältnisse in betreff des Betriebes Bauschuh sind, beweist folgender Unfall. Am 2. August waren mehrere Maurer in Reihen am Schulhaus neu gebaut mit dem Aufsichtsamt der Kleine beschäftigt. Dabei passierte es, daß wegen Mangel an den nötigen Schuhvorrichtungen zwei Ziegelsteine in die Tiefe stürzten, und zwar so ungünstig, daß dem unten aufschiegenden Mann, unserem Käffner, ein solcher auf den Kopf fiel, so daß unser Kollege unmöglich zusammenkrachte. Er hat so schwere Verletzungen erlitten, daß er heute noch schwer darunter liegt. Es wäre an der Zeit, daß die Kollegen besser zusammenhalten, um den Meistern klar zu machen, daß durch richtige Einhaltung der Schuhvorschriften den Unfällen vorgebeugt werden kann.

Wiesbaden. Am 3. September, Nachmittags 2 Uhr, stürzte im Neubau an der Rheinquerstraße eine Patent-Bementonenplatte in einem Rückenraum des breiteten Stodnerts ein. Die Ursache war die zu frühe Entfernung der Einfachung. Zwei Arbeiter, die damit beschäftigt waren, die Einfachung zu entfernen, wurden von den Mauern der eintürrenden Decke, die noch zwei darüber liegende Decken durchschlugen, mit in die Tiefe gerissen. Der 23 Jahre alte Arbeiter Siebel aus Niedersachsen wurde tot unter den Trümmern hervorgezogen. Der Arbeiter Käst aus Wiesbaden wurde schwer verletzt von der Rettungswerkstatt in das städtische Krankenhaus gebracht. Der Arbeiter Jacob Kless, der im selben Moment unten am Bau vorüberging, wurde von einem Stiel einer Bementonplatte leicht am Kopf verletzt; er konnte seine Wohnung noch erreichen.

\* Submissionenblätter. Für den Neubau der höheren Lüderitzschule in Guben sind auf auszuführende Erd- und Maurerarbeiten von acht Guben-Wauffirmen Offeren eingegangen, wonach der Mindestfördernde die Summe von M. 42 442,79 und der Höchstfördernde M. 76 311,85 veranschlagte. Der Mindestfördernde hat den Buschlag erhalten, und das ist allemal die beste Strafe für eine solche Konkurrenz. Nun ist es ja für den Aufenthalter immerhin unumgänglich, seufzhaft zu sagen, wo der Sünder zu suchen ist. Der Unterschied von M. 34 000 ist jedoch so horrende, daß der Mindestfördernde gänzlichst falls seine Auslagen nur dann gedeckt erhält, wenn er die Ausbeutung seiner Arbeiter forciert und dabei noch die Löhne möglichst niedrig stellt. Diese Submissionenblätter der Unternehmer würden uns völlig falsch lassen, wenn nicht auch die Arbeiter immer darunter leiden würden. Zu den angeborenen Schädigungen der Arbeiter kommt noch hinzu, daß solche Bauten naturgemäß auch immer Herde der schwersten Raumfälle sind.

\* Staatseigene Wohnungen für die Eisenbahndienststellen. Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten hat durch Erlass vom 31. d. R. die "Grundsätze für die Aufstellung von Eisenbahndienststellen und die Ausführung von Eisenbahndienststellen und Eisenbahndienststellen für Arbeiter, Untere und mittlere Beamte festgelegt. Ihnen sind zehn Mustergeschilderungen sowie eine Anweisung zur Herstellung und Einrichtung von „Rüchnestuhlen“ beigegeben. Bei Anträgen auf Einrichtung von Wohnhäusern, die nach einem dieser Muster ausgeführt werden sollen, bedarf es nicht der Vorlage ausgearbeiteter Entwürfe, selbst wenn geringfügige Änderungen des Musters beabsichtigt sind; dagegen sind wesentlich abweichende Entwürfe, deren Aufstellung übrigens unbenommen bleibt, zur Genehmigung vorzulegen. Auf Seite 17 Seiten füllen, haben wir das folgende vorher:

Bei der Wahl des Bauplatzes soll nicht allein auf den günstigen Lage der Dienst- oder Arbeitsstelle, zu den Verkaufsstellen für Lebensmittel, zur Schule und Kirche Rücksicht genommen werden, sondern auch auf Vermeidung ungewöhnlicher Ausgaben infolge schlechten Baugrundes, unglücklicher Wasserstandes usw. Wie es den örtlichen Verhältnissen entspricht, nämlich auf dem Lande, ferner bei billigen Bodenpreisen usw. sind Eisen- oder Bleiwälle mit Eisenstäben einzurichten, die nach dem örtlichen Verhältnisse bestimmt werden sollen, bedarf es nicht der Vorlage ausgearbeiteter Entwürfe, selbst wenn geringfügige Änderungen des Musters beabsichtigt sind; dagegen sind wesentlich abweichende Entwürfe, deren Aufstellung übrigens unbenommen bleibt, zur Genehmigung vorzulegen. Auf Seite 17 Seiten füllen, haben wir das folgende vorher:

Bei der Wahl des Bauplatzes soll nicht allein auf den günstigen Lage der Dienst- oder Arbeitsstelle, zu den Verkaufsstellen für Lebensmittel, zur Schule und Kirche Rücksicht genommen werden, sondern auch auf Vermeidung ungewöhnlicher Ausgaben infolge schlechten Baugrundes, unglücklicher Wasserstandes usw. Wie es den örtlichen Verhältnissen entspricht, nämlich auf dem Lande, ferner bei billigen Bodenpreisen usw. sind Eisen- oder Bleiwälle mit Eisenstäben einzurichten, die nach dem örtlichen Verhältnisse bestimmt werden sollen, bedarf es nicht der Vorlage ausgearbeiteter Entwürfe, selbst wenn geringfügige Änderungen des Musters beabsichtigt sind; dagegen sind wesentlich abweichende Entwürfe, deren Aufstellung übrigens unbenommen bleibt, zur Genehmigung vorzulegen. Auf Seite 17 Seiten füllen, haben wir das folgende vorher:

Anstatt dahin zu wirken, daß die Küche grundsätzlich nicht zum wohnen benutzt wird, wird durch diese Verregung das Gegenteil geradezu beginnstigt. Freilich, wenn man 25 Quadratmeter für zwei und 68 Quadratmeter für fünf Räume für Wohnung für ausreichend hält, darf man sich darüber nicht wundern. Von der Einrichtung von Badegelegenheiten scheint in dem Geschäft überhaupt nicht die Rede zu sein,

## Aus anderen Berufen.

\* Koblenzappheit und Mangel an geschulten Arbeitern im Kohlenbergbau. — In der letzten Sitzung des rheinisch-westfälischen Kohlenindustriates führte Kommerzienrat Kräbeler aus, wenn die volle Beteiligungssäfte gefördert, beziehungswise den Anforderungen des Marktes vollauf genügt werden sollte, so müßten außen im Ruhrkohlenbergbau 80.000 Bergleute mehr angelegt werden. Diese zu beschaffen ist aber unmöglich, wenn auf die Anlegung von geschulten Bergarbeitern Gewicht gelegt wird. Ferner sind die Bedenken auch nicht in der Lage, 80.000 Arbeiter mehr bei der Kohlenförderung zu beschäftigen; denn schon jetzt ist die Kohlengewinnung in den Grubenabteilungen derart konzentriert, daß eine noch stärkere Belegung der Betriebsstätten die größten Gefahren für Menschen und Betriebe heraufbeschwören würde. Auch die Intensität des Bergbaus hat ihre Grenzen, sie darf nicht die Sicherheit des Betriebes außer acht lassen. Der heutige fortwährende Abbau erläßt schon manchen Grubenunfall. Im preußischen Steinohlbergbau waren während des ersten Halbjahrs 1906 403.713 Personen beschäftigt gegen 447.186 im gleichen Zeitraum 1905. Die rapide Steigerung der Belegschaften innerhalb des letzten Jahrabschnitts hat dem Bergbau große Arbeitsmängel ausgerichtet, die ihn bisher nur vom Hören lannen. Aus der anfänglichen Bergarbeiterbevölkerung ist der bergmannische Nachwuchs relativ sehr gering. Von einer systematischen Vorbildung für die eigenartige, gefährliche Bergarbeit kann bei der Überzahl der Neuangelegten keine Rede sein. Neben anderen Ursachen ist auch die Massenanziehung „bergfreudiger“ Arbeiter entscheidend für die Senkung der durchschnittlichen Arbeiterleistung. Im Jahre 1888 entfielen auf einen preußischen Steinohlbergarbeiter 800 Tonnen pro Leistung, 1898 nur noch 277 Tonnen, 1905 war der Arbeitseffekt auf 250 Tonnen gesunken. Die Leistungssenkung in 1905 führt die Behörde auf die Streikbewegung im Frühjahr des Jahres zurück. Die Richtigkeit dieser Annahme wird bestätigt durch die neueste Vorstellungsstätte. Während im ersten Halbjahr 1906 pro Steinohlbergmann 117 Tonnen gefördert wurden, erhob sich die Förderung pro Kopf im ersten Halbjahr 1906 auf 138 Tonnen. Vorausgesetzt, die Leistung bleibt im zweiten Halbjahr 1906 nur auf der Höhe des Vorhalbjahrs, dann ergäbe sich für das laufende Jahr eine Durchschnittsleistung von 272 Tonnen, eine Bifur, die seit 1898 nicht wieder erreicht wurde. Demgegenüber kann augenblicklich nicht von einem Rückgang der Arbeiterleistung gesprochen werden. In noch größerem Maße steigt der Arbeitseffekt im Braunkohlenbergbau. Die Zahl der im preußischen Braunkohlenbergbau beschäftigten Personen ist von 44.804 im ersten Halbjahr 1906 auf 46.251 im ersten Halbjahr 1905 gestiegen. Diese erhebliche Belegschaftssteigerung ist ein besonders charakteristisches Merkmal des guten Konjunktur, da nach 1900 die Zahl der Braunkohlenarbeiter mehrere Jahre erheblich zurückging oder doch stabil blieb. Obwohl dieses Jahr im mitteldeutschen Braunkohlengebiet 3000 bis 4000 Arbeiter zwei Monate streitten, hat sich doch die Leistung pro Kopf von 475 Tonnen im ersten Halbjahr 1905 auf 490 Tonnen im ersten Halbjahr 1906 gehoben. Die Koblenzappheit ist demnach nicht auf eine Verminderung der Arbeiterleistung zurückzuführen, da eine solche nicht eingetreten ist.

\* Der Kongress der englischen Gewerkschaften hat in Liverpool tagt. Es nahmen an ihm über 800 Vertreter aus dem britischen Unterhaus teil, darunter 88 Mitglieder aus dem Unterhaus-Haus.

Es sind 15 Jahre verflossen, seit das Arbeiterparlament zum letzten Mal in Liverpool zusammengesetzt. Mit gewissen Einschränkungen war der damalige Kongress für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ebenso großer Bedeutung, wie es der jetzige Kongress geworden ist. Im Jahre 1889 hatte nämlich der große Doctor austausch in London stattgefunden, in dem der jetzige Minister des Innern John Burns eine führende Rolle spielte. Die unmittelbaren Folgen dieses Zusammentreffens, in dem mit der Zeit Hunderttausende in Mitleidenschaft gezogen wurden, waren die Bildung der jungen ungelieerten Arbeiter, d. h. der Männer, die in den Docks, in den Gasanstalten und auf den Kaufmännischen usw. ihren Lebensunterhalt verdienten. Die Vorführer dieser jungen Unionen wurden anfangs auf dem Kongress mit schweren Augen angesehen; aber der demokratische Geist, den diese Leute in die Verhandlungen miteinbrachten, hat allmählich auch die Vertreter der älteren Gewerkschaften ergriffen.

Dazu, daß das britische Parlament jetzt seine eigene Gewerkschaft hat — oder vielleicht zwei, die sozialistische unter Sirs Hardie und die liberale Fraktion — haben politisch Urtheile erheblich beigetragen, die in den letzten Jahren zu Unzufriedenheit der Gewerkschaften geführt worden sind. Besonders hat der im Taffvale-Tal gefallene Gerichtspruch, der das Gesamtmögen eines Gewerkschaftsvertrags für die Folgen der als ungesehelt bezeichneten Handlungen der anarchistischen Worfürscher und Angehörigen der Gewerkschaften verantwortlich macht, dazu beigetragen, daß sich die Arbeiter entzweit, die eine Gelegenheit, die für eine Lebensfrage war, zu einer politischen zu machen und vor das Unterhaus zu bringen. Um das mit Erfolg tun zu können, mußte eine geschlossene Arbeiterpartei erst geschaffen werden. Das ist dieses Jahr geschehen. Obendrein hat die liberale Partei die Sache der Arbeiter zur eigenen gemacht. Zwei Gesetzesvorlagen, von denen der eine in der von den Worfürscher des Arbeiterschuldes gegebenen Form im Unterhaus bereits die dritte Lesung bestanden hat, müssen im Herbst dem erbländischen Zweig des gesetzgebenden Versammlung zur Annahme über zur Verbesserung vorgelegt werden.

Der Umstand, daß das Haus der Lords sich im Oktober mit zwei Gesetzesvorschlägen befassen wird, die auf dem letzten Kongress der Gewerkschaften durchberaten worden, verlieh dem diesjährigen Versammlung in Liverpool politische Bedeutung. Der Vorsteher erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß der Kongress der Arbeiter Grund habe, sich über die Erfolge der Arbeiterschulden bei der letzten Wahl zu freuen. Man habe aber auch allen Grund, mit

der Regierung aufzutreten zu sein, in deren Reihen sich viele Arbeiterfreunde befinden und von der man erwartet hätte, daß sie bald den Beweis dafür liefern werde, daß sie rechtshafener zu handeln bereit sei, als die Regierung, die vor ihr am Ruder gewesen sei und unter der der Fortschritt fest geschlossen habe, während ein grausamer Krieg tobte. Der Redner wollte nichts von zwei Arbeiterschulden wissen; die Sache der Arbeiter sei zu groß und zu heilig, als daß man einzelnen Individuen erlauben könne, ihre Entwicklung aus persönlichen oder anderen Gründen aufzuhalten. So bezog auf den Gesetzesvorschlag über Arbeitsstreitigkeiten betonte der Vorsteher, daß die Arbeiter entfloßen seien, so lange zu läufen, bis sich die Gewerkschaften denselben Unantastbarkeit erfreuen, wie die Verbände der Unternehmer. Das englische Wahlgesetz sei veraltet und bedürfe einer grundlegenden Umgestaltung. Als Beweis dafür führte er an, daß bei der Wahl 1900 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, ohne daß einer der sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden wäre. Eine der interessantesten Resolutionen des Tages wurde vom Abgeordneten Section eingereicht. Die Resolution befürwortet eine feste Centralisation der Arbeitersbewegung auf industrialem Gebiete. Die beiden im Unterhaus vorhandenen Arbeiterparteien ständen sich so nahe, daß eine Vereinigung eine Kleinigkeit sein würde. Es kam bei der Besprechung dieser Resolution dadurch zu einer lebhaften Auseinandersetzung, daß Section die gewerkschaftliche Gruppe im Parlament angriff. Die demokratischen Mitglieder des Kongresses mehr als dem konservativen Flügel aufgelaufene Resolution wurde mit 756 gegen 643 Stimmen angenommen. Das Stimmenverhältnis zeigt, daß im allgemeinen in den letzten Jahren das Stärkeverhältnis der der sozialistischen Richtung zugehörigen Gewerkschaften gegenüber der Richtung der Gewerkschaften, die den alten Traditionsismus festhalten, ziemlich unverändert geblieben ist. Den Tilsit brachte, wie in jedem Jahre, seine Resolution zu Gunsten von Wangelsiedlungsrecht bei Arbeitsstreitigkeiten ein. Es wurde nach einer energischen Einwirkung von Seiten des Parlamentsmitgliedes Bruce mit 938 gegen 541 Stimmen abgelehnt. Das Mitglied der Arbeiterpartei des Parlaments, Shaderton, beantragte, der Kongress müsse beschließen, daß keine Fassung des Streitklausur als genehmigt betrachtet werden könne, solange durch dieses Gesetz nicht die volle Unantastbarkeit der Gelder der Gewerkschaften gewährleistet werde. Wenn der Kongress diesen Besluß faßt, so werde er dadurch die Stellung der Arbeiterpartei im Parlament verstärkt. Das von der Regierung entworfene Gesetz sei zwar anerkannt, gefährlich werden können. Es müsse den Mägtern unmöglich gemacht werden, das Gesetz gegen den Willen des Parlaments zu benutzen. Ein zweiter Abgeordneter betonte ebenfalls die Notwendigkeit eines klaren Wortlautes des Gesetzes. Der Sekretär des Verbandes der Eisenbahner, Abg. Bell, gab seiner Liederzeugung Ausdruck, daß das Gesetz im Herbst in befriedigender Fassung zur Annahme gelangen werde. Der Kongress ging sodann zu der Besprechung der Entsendung einer Abordnung an die frühere Duma in Russland über. Diese Abordnung soll eine Deckschrift überbringen, die von 300 Mitgliedern des Parlaments, Leitenden Gewerkschaften und Genossenschaften unterzeichnet ist und sich zu Gunsten der Duma ausspricht. Einer der Delegierten rief große Heiterkeit durch die Frage herbei, ob man vorher das Leben der nach Russland zu entsendenden Vertreter verschönern werde. Ein anderer fragte: „Wenn wir sie nach Russland schicken, werden sie nie wiederkommen und wir können unseren Präsidenten, (dieser soll ein Mitglied der Deputation sein), noch nicht entbehren. Jedenfalls müssen wir ihnen bombastische Anläufe verschaffen.“ Nachdem sich die Heiterkeit gezeigt hatte, wurde der Antrag, den Präsidenten und den Sekretär des parlamentarischen Komitees nach Russland zu senden, angenommen. Weitere Resolutionen bezogen sich auf Einführung eines geeigneteren Systems für Fabrikinspektion und auf die Notwendigkeit, daß alle Personen, die mit Dampfmaschinen und Schaltern zu tun haben, im Besitz von Fähigkeitszeugnissen finden. Der Premierminister soll erfuhr werden, die Wohnungsfrau bereits in der nächsten Parlamentssession zur Sprache zu bringen. Der Befürworter dieses Antrages erklärte unter dem Beifall der Versammlungen, daß die Regierung ein Hinausziehen einer Gesetzgebung in Bezug auf diese Frage nicht wagen könne, ohne ihre augenblickliche Stellung zu erschüttern. Das Parlamentsmitglied Ehnes brachte darauf eine Resolution zu Gunsten der Abkürzung der Arbeitsszeit auf acht Stunden pro Tag über 48 Stunden pro Woche ein. Auf diese Weise werde es möglich sein, vielen der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Bei den Wahlen müsse den Kandidaten die Befürwortung dieser Verkürzung der Arbeitsstunden zur Pflicht gemacht werden. Bei den Eisenbahner kam dieser Antrag lebhafte Unterstützung, und er wurde einstimmig angenommen. Broischen den Vertretern des Verbands der Bergarbeiterverbandes von Durham kam es jedoch in Bezug auf den achtstündigen Arbeitstag zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil ein Vertreter des leitenden Verbandes sich im Parlament gegen einen gesetzlich vorgeschriebenen Achtstundentag ausgesprochen hatte. Die Vertreter des Verbands in Durban gaben gleichzeitig zu, daß es nicht unmöglich sei, daß sie demnächst ihre Ansicht zu Gunsten des gesetzlichen Achtstundentags ändern würden. Vorläufig seien sie in dieser Frage neutral. Ein schottischer Vertreter verlangte, daß das parlamentarische Komitee einen Gesetzentwurf ausarbeiten solle, durch den die Unternehmer davon verhindert würden, Arbeiter und deren Familien aus ihren Wohnungen zu treiben, während sie im Streik stünden. Liberale und Tories hätten bei Streiks und Ausschlüssen diese Waffe verwendet. Der Premierminister sei in Schottland darauf aufmerksam gemacht worden, und es müsse zu seiner Ehre gestellt werden, daß er erklärt habe, dies Verhalten der Unternehmer sei brutal, und das Parlament habe die Pflicht, dagegen einzuschreiten. Diese Mittleitung rief große Begeisterung hervor. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag richtete sich gegen die unbedrängte Verwendung ungeschulter ausländischer Ar-

beiter in englischen Bergwerken. Ein amerikanischer Delegierter überbrachte die Grüße der amerikanischen Vereine. Wenn die Arbeiter Englands und Amerikas Hand in Hand arbeiteten, so wäre ein vollständiger Sieg lediglich eine Frage der Zeit. Die amerikanischen Arbeiter seien, wie ihre englischen Brüder, der Ansicht, daß die Kriegserklärungen im Interesse des allgemeinen Friedens eingeschränkt werden müßten.

\* Acht Stunden Arbeit. Der Achtstundentag in einer belgischen Eisenfabrik in Forest bei Brüssel hat, wie die Direktion selbst bekannt gibt, zu Ergebnissen geführt, die allen Anhängern der Theorie, daß eine Verkürzung der Arbeitstage meist auch Vorteile für die Produktion bedeutet, eine neue Bestätigung des Prinzips bringt. Vom 1. April ab war zunächst vertrageweise auf vier Wochen der bisherige zehnstündige Arbeitstag auf acht Stunden beschränkt worden, und zwar unter Beibehaltung der alten Lohnsätze in keinem Sinne; doch den in Stundenlohn stehenden Arbeitern für eine Arbeitswoche von 48 Stunden derselbe Lohn gesetzt wurde wie früher für die Arbeitswoche von 60 Stunden, während die Studiarbeiter im alten Lohnsatz verblieben. Nach der neuen Bestimmung wird unter Beibehaltung der alten Arbeitspausen von 7 Uhr früh bis 5 Uhr Nachmittags gearbeitet mit Ausnahme des Sonnabends, wo der Arbeitstag bereits um 1 Uhr schließt. Die Erfahrungen waren derart, daß der Direktor den Versuch um weitere vier Wochen ausdehnte, um schließlich am Ende der Frist, am 1. Juni, den achtstündigen Arbeitstag definitiv einzuführen. Nach der „Sozialen Parole“ ist die Direktion mit den gewonnenen Resultaten vollständig zufrieden und hofft es auch in Zukunft zu bleiben. Die Arbeitseinsätze sind die auf Städtkonvention festgehaltenen Arbeitinnen, die erst eine Einbuße ihres Dienstes befürchteten, ihren alten Verdienst beibehalten, wenn sie nicht sogar mehr verdienen. Auch die Qualität der Arbeit hat sich nicht geändert. Und noch ein Vorteile hat sich seit der Einführung des achtstündigen Arbeitstages ergeben: daß sich noch kein einziger Unfall ereignet hat, während beim zehnstündigen einige zu verzeichnen waren. Die Arbeiter und Arbeitinnen sind eben beim achtstündigen Arbeitstage nicht so abgespannt wie beim zehnstündigen.

Mit allem sagt man den Arbeiterschulen, die sich mit dieser Frage beschäftigt haben, nichts Neues. Sie haben die Bedeutung und den Wert des Achtstundentages in jeder Hinsicht längst erkannt.

\* Neuer die erste Konferenz der Warschauer Gewerkschaften wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ von dort geschrieben:

Witten im Leben revolutionären Eltern, allen Greueln des Kriegsausandes zum Trotz, tagt vor einigen Tagen in Warschau die erste Konferenz der Gewerkschaften. Einunddreißig Delegierte vertreten zwölf organisierte Warschauer Verbände (Metallarbeiter, Schneider, Maler, Betonarbeiter, Friseure, Gerber, Weißgerber, Schuster, Holzarbeiter, Stoffarbeiter, Gitarbeiter, Steinmetze), insgesamt 9938 Mitglieder (bloß Warschau). Nachdem die Briefe der einzelnen Verbände verlesen worden waren, besprach der Referent des Organisationskomitees die Entwicklung der Organisation. Er besprach die vor 15 Jahren gegründete „Widestandskampf“ und ging dann zur Tätigkeit des letzten Jahres über. Nach den Berichten schritt man zur Diskussion, in der besonders über die zwei bestehenden Organisationsformen gesprochen wurde. Es gibt nämlich Organisationen, die nur Eindrücke erheben, und solche, die auch Beiträge erheben. Ein Teil der Genossen betonte, man müsse diese zweite Art verbreiten, weil sie die Kampffähigkeit des Proletariats fördert. In der Debatte vertrat ein Genosse den Standpunkt, man müsse aus den Gewerkschaften jede sozialistische Agitation beseitigen und sich nur mit der allgemeinen Ausbildung der Mitglieder befassen. Diese Ansicht wurde heftig bekämpft. Giel Seit widmete man der Besprechung der nationalen und örtlichen Verbände. Alle Redner stellten die Tatsache fest, daß diese Organisationen von den Unternehmern und ihren Katern gegründet werden, damit sie im Rossit-Streitkampf liefern. Anhänger finden diese Organisationen unter den weniger bewußten und weniger intelligenten Arbeitern. Sobald wurde beschlossen, den „Ruchawodow“ regelmäßig erscheinen zu lassen, wofür die einzelnen Verbände im vorhin die Gebühr zu entrichten haben. Ferner wurde beschlossen, die nationalen und christlichen Gewerkschaften energisch zu befähigen und eine Presse herauszugeben, die den Charakter und die Bedeutung dieser Verbände erklärt. Schließlich wurde durch Auflösung die Depesche angenommen, die man an das Internationale Gewerkschaftsbureau in Berlin sandte. In dieser Depesche betont die Konferenz die schweren Bedingungen, unter denen man jetzt in Russland arbeiten muß, und gibt der Solidarität Ausdruck, die die Warschauer Gewerkschaften mit der internationalen Bewegung verbindet.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Zur Bekämpfung der neuzeitlichen Vergiftungen ist von der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz eine Spende an den Bundesrat und Reichskanzler gerichtet worden, der eine Reihe beachtenswerte Vorschläge zur Beseitigung oder wenigstens Milderung dieses bisher noch recht stiefmütterlich behandelten Gebietes des deutschen Arbeiterschutzes entält. Zunächst wird für Krankenanstalten und Kurgäste die eingezogene Pflicht für gewerbliche Vergiftungen an die zuständigen sanitären Aufsichtsbehörden, für die Kurgäste der Betriebe, die gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sollen der Angezeigten Pflicht unterworfen, die Krankenanstaltenleitung zu besonderer Aufmerksamkeit hinreichend die Gewerbsverhältnisse ihrer in Betrieben beschäftigten Mitglieder aufzufordern werden. Besonders wichtig erscheinen die beiden weiteren Vorschriften nach der Anstellung besonderer gewerbsbegrenzt geschulter Kurgäste neben den Kassenärzten zur Überwachung der Gifte.

betriebe sowie die Regelung der Arbeitszeiten der Giftarbeiter nach der Schwere der Vergiftungen. Man wird diese Vorläufe, die durchaus maßvoll und durchführbar erscheinen, nur begrüßen können. In den Jahresberichten der Gewerbeinspektoren bilden die gewöhnlichen Vergiftungen, namentlich die Blei- und Nitrovergiftungen und andere, eine regelmäßige wieberkehrende Klage. Wenn man sich der veränderten Auffassung, wie weit die durch gewöhnliche Vergiftungen herbeigeführte Erwerbsunfähigkeit als Betriebsunfall anzusehen sei, erinnert, so wird man die vorgeschlagene gesetzliche Regelung als einen erheblichen Fortschritt begegnen müssen, der die weiteste Beachtung und vor allem die weitgehendste Unterstützung verdient.

### Verschiedenes.

\* **Einen neuen Weg zur Volksbildung hat der Genosse Südelum mit einer Einrichtung bedacht, von der ein neuer Kenntnis gibt. Genosse Südelum hat eine "Freie Wandel-Bücherei" zusammengestellt, wodurch er den Genossen der kleinen und kleinsten Orte Gelegenheit zur Fortbildung durch das Lesen guter Bücher gewähren will. Diese Bücherei steht den Genossen völlig kostenlos zur Verfügung. Über die Einrichtung und Verwendung der Bücherei sind folgende Regeln aufgestellt:**

1. Die "Freie Wandel-Bücherei" besteht aus verschiedenen Meilen von je 10—12 Bänden. Jede Reihe ist in einer Verbandsliste untergebracht.  
2. Parteigenossen, die an ihrem Wohnorte nicht über einen Verein oder andere Bibliothek verfügen, erhalten eine Büchereiliste auf je drei Wochen portofrei und unter Beifügung des Rückpostes zugesandt. Sie erkennen unter sich einen Vormann, der die Bücherei verwaltet, die Bücher zum Lesen ausstellt und für pünktliche Rücklieferung sorgt.  
Rücklauf der Benutzungsreit ist die Büchereiliste sofort zurückzusenden.

3. Die Bestellungen müssen die genaue Adresse des Bestellers und den Stempel des für den Ort zuständigen Postleitverwaltungsmannes tragen, der dadurch aber keine Haftung übernimmt.

4. Die Bestellungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens ausgeführt. Die erste Versendung erfolgt am 1. Oktober dieses Jahres.

Diese Regeln sind derart nobel, daß sie sicher viel zum Gelingen des Planes beitragen werden. Ganz besonders mögen wir nicht verschweigen, unsere Kollegen auf diese wunderschöne Gelegenheit hingewiesen. Hier können sie ohne jede Gegenseitigkeit, ohne Kosten, ohne Mühen, lediglich gegen das Versprechen rechtzeitiger Rücksendung, gute Bücher liefern.

Zu dem Unternehmen selbst wollen wir bemerken, daß wir den ihm zu Grunde liegenden Gedanken für sehr glücklich halten. Uns ist ein ähnlicher Versuch im kleinen bekannt, der allerdings scheiterte, weil es an den nötigen Mitteln fehlte. Zu diesem Falle ist das wohl nicht zu befürchten, denn Genosse Südelum würde die Sache gar nicht angefangen haben, wenn er nicht die Gewissheit hätte, daß nötigen und keineswegs geringen Aufwendungen immer und ohne fremde Hülfe leisten zu können. Mit der Durchführung dieses Projektes erwirkt er sich ein großes Verdienst um die Arbeiterbewegung.

\* **Die Gewerkschaften in Japan befinden sich noch ganz und gar im Anfangsstadium ihrer Entwicklung, aber sie beginnen schon einige Erfolge zu erzielen. So berichtet die Leiste Nummer des "Hilari", das Organ der japanischen Sozialisten, über einen Märschstreik in Yokohama, der durch die Gewerkschaft gut vorbereitet war. Der fünfjährige Streik endete mit einem Sieg der Arbeiter. Ihr Lohn, der früher etwa M. 1,60 pro Tag betrug bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden, wurde auf M. 2 erhöht und die Arbeitszeit auf 12 Stunden herabgesetzt.**

Wie der "Hilari" ferner mitteilt, gehen die japanischen Sozialisten ernstlich mit der Abwahl um, ein Tageblatt herauszugeben. Die Leitung dieses Blattes soll der Genosse Kotofu übernehmen, der früher den "Heimin Shimpo" redigierte.

### Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 50 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalte des Hefts heben wir hervor: Gründungsrede oder Blätter? Von Karl Rauch. — Die politische Entwicklung im Saargebiet. Von Franz Valentin.

Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der "Neuen Gesellschaft", Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Otto Braun (Verlag: Berlin W 15). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr M. 1,20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos gestellt! ist jedoch das 87. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat:

Glossen: Abhängigkeitsmehrholen. — Abhängigkeit an den "Bormärkten". — Regierender Liberalismus. — Ein teures Justizsystem. — Knoblauch-Wörte. — Vertreter Christi auf Erden. — Der revolutionäre Guerrillakrieg. — Georg Bernhard. — Der Fall Dernburg. — Otto Braun: Probleme der Frauenarbeit. — Dr. Fried. Mann: Die Sozialdemokratie bei den Wahlen von 1908. — Otto Sennelsbach: Gemeinschaftliche Unterichtskurse. — Allerbach Nachdenkliches: Männerkultus. — Carl Morburger: Das Unabwendbare.

"Komunale Praxis", Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefeudalismus, herausgegeben von Dr. A. Südelum, Verlag von Paul Singer, Berlin. In den uns vorliegenden Nummer 36 gibt der Reichstagssitzungsbericht für Stettin, Fr. Herbert, der zugleich dem dortigen Stadtbauamt entgegengesetzt, einen sehr lebenswerten Überblick über die Tätigkeit der Sozialdemokratie auf dem Stadtbau der Oberschlesienstadt, deren Behörden jüngst durch ihr unmotiviertes Eingreifen in einen schweren wirtschaftlichen Kampf zu Ungunsten der Arbeiter allgemeine Entzitterung im deutschen Proletariat hergerufen haben. Über die Reichshaltigkeit der Zeitdrift kann man sich unterrichten, indem man sich ein Probeheft kostenlos vom Verlag der "Komunalen Praxis", jetzt Berlin W 10, senden läßt. Im Hinblick auf bevorstehende Gemeindewahlen

sollten sich die Parteigenossen das brauchbare Agitationsmaterial nicht entgehen lassen, das in der "Komunalen Praxis" enthalten ist.

### Briefkasten.

Berlin, 9. 9. Solange ein solcher Kollege sich mit den Verbandsbestrebungen einverstanden erklärt, sich der Organisation führt und den statutären Pflichten genügt, kann er Mitglied bleiben. Gewöhnlich dauert die Herrlichkeit aber nicht lange. Gar bald steht es hier heraus, daß die Unternehmertreiber mit den Interessen des Verbandes kontrahieren, wodurch der Unternehmer in das Zwischenfeld gerät, entweder seine Interessen oder die des Verbandes und seiner Mitglieder zu vertreten. In der Regel wird der Unternehmer seine Interessen wahren und dadurch den Kontrahenten bestimmen, der ihn entweder freiwillig aus dem Verbande ausscheiden läßt oder seinen Ausschluß herbeiführt.

Berndorf. Berichte ohne Unterschrift werden nicht veröffentlicht.

8. 22. Selbstredend können auch Sie uns Einsendungen zur Diskussion der Frage der Altkararbeit machen; das kann jeder Kollege, der dazu etwas zu sagen und aufs Papier zu bringen weiß. Eine Sichtung der Einsendungen behält sich die Redaktion jedoch in jedem Falle vor.

Spanien. Wir haben die Veröffentlichung an der Sperrnotiz, wie Sie sehen, vorgenommen. In Zukunft wollen Sie aber von vornherein die Namen so deutlich schreiben, daß man es lesen kann, ohne vorher einen Rutsch zur Erklärung der Hieroglyphen durchzuschlagen zu müssen.

Landshut. W. Das Papier war natürlich auf beiden Seiten beschrieben. Wir haben darum den Bericht recht schön gefügt.

### Anzeigen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Berlin. (Sektion der Pützer). Am 6. September starb unter Ehrenmitglied Wilhelm Liersch im Alter von 65 Jahren an Herzschlag. — Am 6. September starb unser Mitglied Hugo Kröbel im Alter von 28 Jahren an Herzschlag.

Cöln. Am 31. August starb der Kollege Peter Schor im Alter von 32 Jahren an den Folgen eines Sturzes aus dem Fenster seiner Wohnung.

Dortmund. Am 3. September, in der Mittagsstunde, ertrank beim Baden im Dortmunder Kanal unser Verbandskollege Joh. Gowski im Alter von 35 Jahren.

Kaiserslautern. Am 2. September starb unser Kollege Philipp Becker im Alter von 20 Jahren an Tuberkulose.

Karlsruhe-Knielingen. Am 2. September starb nach langem Leiden unser Verbandskollege Adolf Wiestel an der Proletarierkrankheit im Alter von 22 Jahren.

St. Pölten. Bei dem Einfuz eines Fabrikneubaus verunglückte auch unserer Mitglieder, die Kollegen Gottlob Horrie, 41 Jahre alt, und Otto Gauzloff aus Voitschingen b. Merseburg, 19 Jahre alt.

Königsberg-Bartenstein. Am 19. August starb unser Mitglied Gottfried Begler im Alter von 59 Jahren durch Abtönen vom Gerüst.

Mühlhausen i. Th. Am 30. August starb unser Verbandskollege Karl Fischer im Alter von 31 Jahren an Gehirnentzündung. Er war ein treues Mitglied unserer Zahlstelle.

Neustrelitz. Am 28. August starb unser Mitglied August Bredow im Alter von 27 Jahren an Lungentuberkulose.

Nürnberg-Fürth. Am 29. August starb unser Kollege Georg Scheineld nach kurzer Krankheit im Alter von 61 Jahren.

Weiterweiß. Am 2. September starb plötzlich auf dem Wege zum Arzt unser freier Verbandskollege Wilhelm Fichtel im Alter von 42 Jahren.

Raistenburg. Am 5. September starb unser treues Mitglied Aug. Lau im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.

Reichenbach. Am 6. September starb unser Mitglied der Kollege Adolf Lehmann im Alter von 39 Jahren an Darmkrebs.

Sehdenich. Am 1. September starb unser Mitglied Hermann Behn im 20. Lebensjahr an Schwindfucht.

Serbitz. Aufgrund Unfalls starb am 4. September unser Mitglied Martin Alex im 61. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!

**Burg bei Magdeburg.**

Die Adresse des ersten Vorstandes ist jetzt: Friedrich Breit, Magdeburgerstr. 34. Alle Briefsendungen sind nach dort zu richten. [M. 1,50] Der Vorstand.

**Herne-Recklinghausen.**

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt: Mont-Cenisstr. 22, 1. Et. Der Vorstand. [M. 1,50]

### Aufforderung.

Die Kreisverwaltungen von Bielefeld und Neuburg erfüllen alle Baulegislative, die noch im Besitz von Kreisgräflern oder des dafür eingesetzten Geldes sind, bis 30. September 1908 mit den unterzeichneten Verbrauernsmännern abzurechnen, damit Unterschlagsanzeigen vermieden werden; denn die 8. Quartalsabrechnung steht vor der Thür. [M. 2,70]

Anton Bias. Franz Klein.

Die Kollegen, die den Aufenthalt des Kollegen Rudolph Mühlmeister, geb. am 15. Dezember 1889 in New York, kennen, werden erfreut, dies dem Unterzeichneten sofort mitzuteilen. Dr. Bohren.

erster Vorstandes des Zweigvereins Niedenburg, Süderdorf bei Niedenburg, Gartente. 2.

[M. 1,80] Der Kollege Martin Went, geb. 24. September 1886 zu Wolfenbüttel, wird gebeten, seine Adresse an das Verbandsbüro Braunschweig, Werder 32, gelangen zu lassen.

Die Adresse des Kollegen Aug. Dieselhabl (Name) aus Göttingen legter Arbeitort Gelsenkirchen (Westfalen), wünscht zu wissen, Carl Roth, Vorsitzender des Zweigvereins Göttingen, [M. 1,50] Göttinger Str. 6.

### Hohenstein-Ernstthal.

Sonntag, den 23. September, Nachmittags 6 Uhr:

### \* Stiftungsfest \*

im Gasthaus "Zur Poste".

Sämtliche Kollegen von hier und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. Der Vorstand. [M. 3,80]

### Forst.

Sonnabend, den 22. September, Abends 8 Uhr:

### Achtes Stiftungsfest

im Hotel des Herrn Karl Fendler, Am. Haag, bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Forst und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. Das Festkomitee.

### Barop.

Sonntag, den 16. September 1908:

### Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Theater und Ball. Sämtliche Kollegen von Barop und Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 8] Das Komitee.

### Stavenhagen.

Am 24. September feiert unser Zweigverein sein

### Stiftungsfest

wozu sämtliche Kollegen freundlich eingeladen sind.

Eintritt 50 Pf. [2,40] Der Vorstand.

### Hattingen.

Sonntag, den 16. September, Nachmittags 4 Uhr:

### Stiftungsfest

verbunden mit Konzert, Theater und Ball. Sämtliche Kollegen von Hattingen und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. Das Festkomitee. [M. 8]

### Persammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Manet.

Sonntag, den 16. September.

Allstedt. Im Gasthof "Zum Adler" (V. Wege).

Jessen. Nachm. 5 Uhr in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Kies.

Unterweißbach. Nachm. 2 Uhr im Gasthaus "Zur Sonne" in Mettenbach. Mitgliedsbeiträge mitbringen. Referent ist anwesend.

Wiesenbürg. Nachm. 5 Uhr im Vereinslokal.

Zerbst. Nachm. 5/4 Uhr Generalversammlung. T.O.: Vorsitzende.

Montag, den 17. September.

Berlin. (Bezirk Norden I und II). Bei Werner, Schreiberei, 22/24, (Bezirk Moabit). Bei Peters, T.O.: Bericht von den Vertretern, Abrechnung von Sommerfest. 3. Verschiedenes.

Diensdag, den 18. September.

Altenburg. Abends 5/4 Uhr im "Adler".

Cunnersdorf i. Alesengeb. Referent zur Stelle.

Donnerstag, den 20. September.

Berlin. (Bezirk Steglitz). Abends pünktlich 5/4 Uhr bei Schlossh. Hornstraße 15a. 1. Vortrag über: "Partei und Gewerkschaft". 2. Diskussion. 3. Bericht aus den Vertreterversammlungen. 4. Verschiedenes.

Berlin-Rehberkendorf. 1. Vortrag des Genossen A. Störmer über: "Der Vater Staat und seine Kinder". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Grünberg i. Schl. Bei Frau Adam. Wöchlige Tagesordnung.

Freitag, den 21. September.

Wanne. Abends 5 Uhr im Hotel des Herrn Homburg, Schulstr. 21.

Sonnabend, den 22. September.

Aken. Abends 5/4 Uhr.

Öffentliche Maurerversammlungen.

Sonntag, den 16. September.

Trachenberg. Nachm. 5 Uhr bei Herrn Schulze in Groß-Görschen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 16. September.

Berlin. Sam. 10 Uhr im Gewerkschaftsbau. T.O.: 1. Wahl der Hauptvertreter. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbeiträge legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.